

Ercheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,50 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 15 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 4 Pf. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnement: 3,50 Mk. pro Quartal, unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich: Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. Dr. Rom. Singer, in der Koch-Gettund-Druckerei für 1894 unter Nr. 8918.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfzehntägige Zeit für den Raum 10 Pf., für weitere 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Feiertagen bis 3 Uhr Vormittags geöffnet.

Verleger: Ant. F. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Freitag, den 5. Januar 1894.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Die Gewerkschaftsbewegung

gegen die Sozialdemokratie auszuspielen, das ist der neueste Kunststreich der antisozialistischen Presse. Vor kurzem waren es die „Orenzboten“, gestern war es der „Hamburger Korrespondent“ und heute ist es die „Kreuz-Zeitung“, welche die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter gegen die politische Organisation auszuspielen sucht. In den letzten Tagen wurde der Verlauf des ersten österreichischen Gewerkschaftskongresses zum Inhalt dieser Quertreibereien genommen.

o schreibt die „Kreuz-Zeitung“: „Es herrschte auf dem ersten österreichischen Gewerkschaftskongresse diejenige Richtung vor, welche in erster Reihe und mit jurisdiktorischer Begleitung des reinpolitisch-agitatorischen Momentes ein Hebung der materiellen Lage der Arbeiter anstrebt. Dem wurden auch politische Fragen verhältnismäßig wenig berührt und die Vermengung des wirtschaftlichen mit dem politischen Kampfe verhorresziert. Als die Frage des Generalstreikes im Zusammenhange mit der des allgemeinen Wahlrechts zur Förderung gelangte, da wurde eine solche Kombination entschieden verurteilt. Wenn schon ein Generalstreik inszeniert werde, dann müsse er für die Erlangung der Achtstundentage, nicht dazu veranstaltet werden, daß für ein paar ephemerische Führer Parlamentssitze erobert werden. Es war unausgesprochen und zum Theil auch ausdrücklich betont die auf dem Gewerkschaftskongresse herrschende Stimmung; und es unterschied sich diese Versammlung v. theilhaft von anderen sozialdemokratischen Parteitagungen, daß dadurch, daß zum Theil gereifte, von stilllichem Ernste getragene Männer und wirkliche Arbeiter und nicht einige professionenmäßige Agitatoren mit einem alles terrorisirenden Hausen junger und exaltierter Burschen den Ausschlag gaben. Auch weder bei sozialdemokratischen Parteitagungen sonst fast jedesmal bebenden Großsprecheri und Uebertreibung des Parteieinflusses wiederholt nichts zu spüren.“

Die erstaunliche Entdeckung, daß ein Gewerkschaftskongress politische Fragen höchstens streifen, niemals aber als selbstzweck behandeln kann, hätten die tief sinnigen Kenn der internen Verhältnisse der Sozialdemokratie nicht außerhalb der Reichsgrenzen zu machen gebraucht, finden doch in Deutschland alljährlich Dutzende von Arbeiterkongressen statt, die politische Fragen nicht behandeln. Wenn die „Kreuz-Zeitung“ meint, daß es andere Leute, welche auf den Gewerkschaftskongressen erscheinen und ihre politische Hauptarbeit für die Arbeiterklasse verrichten, so wird sie von ihren Gewährsmännern getäuscht. Der von der „Kreuz-Zeitung“ so gerühmte Höger war Kandidat der sozialdemokratischen Partei bei den letzten österreichischen Reichswahlen, ebenso wie die Legien, v. Elm, Kloss etc., die ohne Schuld von der Bourgeoispreffe als brave Arbeiterführer empfohlenen Männer, Kandidaten bei den letzten Reichswahlen waren. Würde die „Kreuz-Zeitung“ gut berichtet sein, so würde sie auch die österreichischen Genossen

Adler und Ellenbogen nicht in Gegensatz zur gewerkschaftlichen Bewegung stellen, denn sie müßte wissen, daß diese sich stets derselben mit Vorträgen und literarischen Beiträgen zur Verfügung gestellt hätten. Kurz gesagt, es sind im wesentlichen in Deutschland wie in Oesterreich dieselben Kräfte, welche in der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung thätig sind. Freilich die Beratungsgegenstände und damit der Ton der Debatten ist bei beiden nicht der gleiche. Dies ist aber selbstverständlich, gerade das Gegentheil wäre auffällig. Ebenso wenig wie die „Kreuz-Zeitung“ den gleichen Ton anschlägt, wenn sie die Gegner der Getreidezölle auseinandersetzt oder sich mit einer ihr nicht passenden literarischen Erörterung befaßt, ebenso wenig werden die Arbeiter das gleiche Register aufziehen, wenn sie den Kapitalismus und Militarismus bekämpfen oder wenn sie über die beste Form der Reichs-Unterstützung und über das Vertrauensmänner-System in Fabriken debattieren.

Bestände wirklich ein Gegensatz zwischen den gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeitern Oesterreichs, so würde doch der Antrag des nach der „Kreuz-Zeitung“ so ehrgeizigen und mandatslüsternen Dr. Adler die Entscheidung über den Generalstreik dem im Februar tagenden sozialdemokratischen Parteitage zu überlassen, nicht debattelos angenommen worden sein.

Welche, freilich ganz vergeblichen Hoffnungen die Leute der „Kreuz-Zeitung“ an die Gewerkschaftsbewegung knüpfen, geht aus den folgenden Absätzen des konservativen Organs hervor:

„Sie (die Gewerkschaftsbewegung) gewährt aber auch allen anderen Staats- und Gesellschaftsfaktoren viel eher die Möglichkeit zu einer ehrlichen Auseinandersetzung mit den Arbeitermassen, als die rein politische Richtung, deren Haupttendenz auf den Umsturz alles Bestehenden gerichtet ist und von irgend welcher Transaktion auf Grund der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung nichts wissen will.“

Aber noch eine andere nicht zu unterschätzende Bedeutung hat die gewerkschaftliche Organisation der Arbeitermassen für die großen, sozialen Kämpfe, denen wir entgegengehen, ja, in denen wir uns mitten drin befinden. Sie führt, so paradox dies auf den ersten Augenblick erscheinen mag, zu einem allmählichen Aufgeben des „Klassenmäßigen Proletariats“-Standpunktes. Bei einer entsprechenden Ausdehnung derselben wird und muß sie namentlich in den Kreisen der mittleren und kleineren Produktion zu einer Annäherung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer führen, da vielfach eine Interessengleichheit beider im Wirtschaftskampfe sich herausstellen wird. Dadurch wird aber ein mächtiger Einfluß auf die Arbeiter sich geltend machen und andererseits die Inangriffnahme einer ersten und durchgreifenden Sozialreform gegenüber der Herrschaft und den Erzeugen namentlich des mobilen Großkapitals mächtig gefördert werden.“

Würde die „Kreuz-Zeitung“ etwas von der Entwicklung der englischen Arbeiterbewegung, von dem Geiste, der unter den österreichischen und deutschen Arbeitern herrscht, seien sie

nun gewerkschaftlich oder politisch organisiert, sie würde sich sicherlich derartigen Illusionen nicht hingeben. Liegt doch die Betonung des Klassenstandpunktes im Zuge der Zeit, werden doch unsere Arbeiter durch die Entwicklung des Kapitalismus immer mehr zur Verzweiflung und nicht zur Verbesserung getrieben. Niemals war demnach die Auffassung, daß die Gewerkschaften zum allmählichen Aufgeben des „Klassenmäßigen Proletariats“-Standpunktes neigen könnten, unwichtiger als heute.

Daß freilich dieser Wunsch bei der Bourgeoisie herrscht, finden wir vollkommen begreiflich, aber thöricht ist es, aus diesem egoistischen Wunsch Hoffnungen für die Bourgeoisie abzuleiten. Dem oberflächlichen Beurtheiler unserer Arbeiterverhältnisse kann freilich die Gewerkschaftsbewegung als der harmlosere, konservativere, zu Kompromissen eher bereite Theil der Arbeiterbewegung erscheinen, denn die politische Arbeiterbewegung ist naturgemäß revolutionär, das heißt, sie strebt die vollständige Umgestaltung unserer Wirtschaftsordnung an, sie kann auf dem Boden der heutigen Wirtschaftsordnung nicht befriedigt werden, denn ihr Sieg fällt mit dem Untergange des heutigen Systems zusammen. Anders liegt die Sache bei der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung. Alle ihre Forderungen sind Forderungen an die Gegenwart, sie können heute erfüllt werden, weil die Gewerkschaften eben ihrem Wesen entsprechend nur heute Erfüllbares fordern. Aber weit gefehlt wäre es, daraus den Schluß zu ziehen, daß die Bewilligung der Forderungen der Gewerkschaften die Arbeiterklasse zahm, fromm und zufrieden machen würde. Wer dies behauptet, kennt nicht den Geist der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter. Sie streben ganz das Gleiche an, wie die politisch organisierten Proletarier, sie sind fast stets auch politisch organisiert, wie die Mehrzahl unserer Genossen auch gewerkschaftlich organisiert ist. Weiß man denn in der „Kreuz-Zeitung“ nicht, daß die meisten sozialdemokratischen Reichstags-Abgeordneten auch an der Spitze gewerkschaftlicher Organisationen stehen? Es hat sich niemals weder in Deutschland noch in Oesterreich um die Frage gehandelt gewerkschaftliche oder politische Arbeiterbewegung, sondern es hat nur geheißenen gewerkschaftliche und politische Arbeiterbewegung. Wer die Protokolle unserer Parteitage von Halle, Erfurt und Köln ohne Vorurtheil studirt hat, wird dies wissen.

Ja aber, erwidern da wohl die siebenmal Gescheidten von der „Kreuz-Zeitung“, die gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeiter erheben doch verschiedene Forderungen. Nein, auch dies ist nicht wahr, denn als Individuen fordern sie das Gleiche, das gewerkschaftlich und politisch ihnen erwünscht, als Organisationen theilen sie sich nur in die Kampfesarbeit. Das ganze Geheimniß dieser zwei parallel laufenden Bewegungen ist gelöst mit dem Worte: Theilung der Arbeit!

So ist also die Hoffnung von dem mächtigen Einflusse der Gewerkschaftsbewegung auf Sand gebaut. Aber

Feuilleton.

Rothdruckboten. (Alle Rechte vorbehalten.)

Helene.

Rom in zwei Bänden von Minna Kautsky.

„Gib eine Zeit, wo ich von einem Bunde träumte, bei dem die Schönheit und Reinheit des Weibes den Ausschlag geben sollten.“

„Hörst du! aber diese Zeit ist glücklicherweise für Dich vorbei.“

Harann sah ihn an, wie aus einem Traum erwachend.

„Wah! Ich dachte, sie wäre erst jetzt da und es käme indarum an, die Rechte zu finden.“

„Du willst sie finden?“ rief Morre, sichtlich ärgerlich, id dann mit bitterem Sarkasmus: „Mein Lieber, Reinheit ist Dir bei unseren Mägdelein nur so langerbürgt, so lange sie sich im Stabium der Kaulquappe aben, und da ist noch nichts mit ihnen anzufangen.“

Harann lachte über den giftigen Ausfall.

„Kaulquappe ist übrigens gut“, sagte er, „das ist so ein flink lustiges Ding, das selbst noch nicht weiß, ob es ein Fisch oder ein Amphibium ist. Weißt Du, so eine kleine Kaulquappe würde mir als Frau nicht übel gefallen. Aus der könnt ich machen, was ich wollte, die fornte ich mir ganz nach Belieben.“

Mo sprang auf und faßte den Freund rauh an den Schultern.

„Ach, bist Du wahr, nicht ich glaube, Du wärst im Stande, e solche Tummheit wirklich zu begehen.“

Hartmann lachte fröhlich auf, wie einer, der weiß, daß er sich alles erlauben durfte, sobald er nur wollte.

„Keine Angst, Bruderherz, ich werde sie nicht begehen.“

„Nein, er wird sie nicht begehen.“ sagte Morre zu sich, als er bald darauf das Kasino verließ, „denn ich kenne eine, die ihn daran hindern wird.“

„Ich bleibe ein, höchstens zwei Jahre fort.“ sagte Morre am nächsten Morgen zu seiner Schwester und seinem Schwager, dem Bankier Gebhart, als er von ihnen Abschied nahm. Und als er schon im Koupee saß und der Zug den Bahnhof verließ, winkte er noch einmal gegen München zurück: „Adieu, kleine Kaulquappe, ich gebe Dir Zeit, Dich zum Amphibium zu entwickeln — oder zum Reptil — dann werde ich wissen, wie ich Dich zu fassen habe.“

Es war ein wundervoller Aprilmittag, warm und sonnig, und in den großen Alleen des englischen Gartens zogen die offenen Wagen, elegante Equipagen und schwerfällige Miethskarossen in einer fast geschlossenen Reihe bis zum chinesischen Thurm dicht hintereinander her.

Die übrigen Parteien des Parkes hingegen blieben vereinsamt und das junge Mädchen, das leichten Schrittes von den Glashäusern daher kam, hatte keine Ahnung, daß es bei der nächsten Wendung in das Getümmel eines Wagenkorsoes gelangen werde.

Es war Lene, die mit beiden Händen einen großen weiß blühenden Azaleenstock hielt, bemüht, ihn so weit als möglich von ihrem Leibe hinwegzuhalten, damit keine Blüthe geknickt werde. Ihr graues Filzhütchen hatte sich ein wenig nach rückwärts geschoben, und der Frühlingswind, der ihr entgegenwehte, zerzaufte das darunter hervorquellende Haar und trieb es, da sie es nicht zurückstreichen konnte, immer tiefer in die Stirne herein.

Das sah gar kokett und reizend aus, sie wußte es nicht. Sie dachte nur an die prachtvolle Azalee, mit der sie morgen, am Geburtstage des Vaters, den Frühstückstisch zieren wollte.

Es war ein Verwandter von ihnen, der hier im Hofgarten bedienstet war und alljährlich durften die Kinder hierher kommen, um für diese Gelegenheit eine Blumenspende in Empfang zu nehmen.

Etwas so Schönes aber hatten sie noch niemals bekommen und in ihrer Freude darüber hatten sie dem Gärtnerjungen, der ihr den Stock sorglich in Papier hüllte, ein Zwanzigpfennigstück in die Hand gedrückt. Sie hätte ihm mehr gegeben, wenn sie's gehabt hätte.

Die Mutter hatte ihr das Geld mitgegeben, damit sie die Trambahn zur Heimsfahrt benutzen könne, aber das hätte sie doch nicht gethan. Ihre Azalee breitete sich viel zu äppig aus; sie hätte schon ausgelesen, wenn sie sich damit unter die Leute in einen Tramwagen gepfercht hätte.

Sie lächelte über diesen Gedanken, sie war kräftig genug, um ihre Blume selbst nach Hause zu tragen. Rascher begann sie auszuschnitten und da sie den Sonnenschirm, den sie an einem Bande am Handgelenk trug, nicht aufzuspannen vermochte, ließ sie sich die warme Aprilsonne in das Gesicht scheinen, das frisch und frei in die Welt blickte.

Sie fühlte sich heute wieder einmal so froh und sicher. Der Vater hatte ihr in der Zeitung die Notiz gezeigt, daß Baron Morre München verlassen habe, um seinen Posten bei der Gesandtschaft in Kairo anzutreten.

Ihretwegen hätte er nicht gar so weit zu gehen gebraucht, aber es war doch sehr gut, denn von dort kam er wenigstens nicht so bald wieder zurück.

Als sie aber jetzt in die Hauptallee einbog, stand sie

daß eine solche Hoffnung entstehen kann, wird sicherlich allen gewerkschaftlich organisierten Genossen zu Anlaß dienen, strenge darüber zu wachen, daß unsere gewerkschaftliche Bewegung vom proletarischen Klassenstandpunkte nicht abirrt, daß sie sich der unauf löslichen Interessensolidarität der gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeiter stets bewußt bleibt.

Es ist übrigens gar nicht zutreffend, daß die Bourgeoisie aller Richtungen den Standpunkt der „Kreuz-Zeitung“ theilt. Den Herren Stumm und Krupp, den Schlot- und Grubenbaronen ist die gewerkschaftliche Bewegung nicht minder ein Dorn im Auge, wie die politische Arbeiterbewegung. Würde die Bourgeoisie den Standpunkt der „Kreuz-Zeitung“ theilen, dann würden so einfache und bescheidene Forderungen, wie sie die deutschen Gewerkschaften aufstellen, nicht so hochmüthig und energisch von der Bourgeoisie abgewiesen werden, dann hätte man nicht die Organisation der so gemäßigten Buchdrucker bei ihrer letzten Arbeitseinstellung fast verbluten lassen, dann wäre es nicht zur schmachvollen Tabakarbeiter-Aussperrung in Hamburg gekommen, dann hätte man nicht gegen die streitenden Bergarbeiter Militär aufgeboten. Der preussische Staat als Arbeitgeber und die industrielle Bourgeoisie sorgen höchst verdienstlich, wenn auch unbewußt dafür, daß der proletarische Klassenstandpunkt in den Gewerkschaften nicht eingekullt wird.

Freilich, die guten Agrarier sind von den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern noch nicht aus ihrer Nähe herausgeholt worden, deshalb spielen ihre Organe noch die gewerkschaftliche gegen die politische Arbeiterbewegung aus. Aber die Sprache der „Kreuz-Zeitung“ wird bald eine andere werden, sie wird sich sofort des Erlasses ihres Staatsmannes Puttkamer erinnern, sie wird das Gedächtniß Lessendorfs feiern, sobald die mit Hungerlöhnen abgepeinigten Landarbeiter den Werth des Streiks kennen lernen und den über Arbeitermangel klagenden Großgrundbesitzern zeigen, was eine Arbeitslosigkeit zur Zeit der Ernte bedeutet.

Wenn die „Kreuz-Zeitung“ lomischer Weise meint, daß die gewerkschaftliche Bewegung bei einer entsprechenden Ausdehnung „zu einer Annäherung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern, namentlich in den Kreisen der mittleren und kleineren Produktion, führen wird und muß“, so ist das naiv und ein Beweis ihres vollständigen Mißverständnisses der wirtschaftlichen Entwicklung im Zeitalter der der Spitze zutreibenden Akkumulation.

In dieser Auseinandersetzung ist nur das Eine richtig, daß die Konzentration der Kapitalien, oder sagen wir kurz: der Kapitalismus mit seinem Großbetrieb die „Arbeitgeber“ in den Kleinbetrieben“, das heißt, die Kleinmeister und Kleinfabrikanten den Arbeitern, d. i. Proletariern näher bringt; das hat aber mit der gewerkschaftlichen Organisation nichts zu thun und zeigt sich auch da, wo noch nicht die kleinsten Anfänge einer solchen vorhanden sind — es ist die einfache und natürliche Folge der Thatfache, daß die Kleinmeister und Kleinfabrikanten durch das Großkapital zu Proletariern gemacht, also den Arbeitern nicht bloß „näher“ gebracht sondern ganz gleich gestellt und mit ihnen unter derselben Waage zerquetscht werden. Das ist allerdings eine „Interessengleichheit“. Diese „Interessengleichheit“ führt aber nicht, wie die „Kreuz-Zeitung“ in donquixoteschem Utopismus verneint, zur Hebung der „Mittelstände“, sondern ergibt sich umgekehrt aus deren Vernichtung, und führt zum Sieg des Sozialismus über die kapitalistische Gesellschaftsordnung.

Die Hunger-Revolution in Sizilien.

Der Zustand der Sizilianer — denn das es ein Aufstand, eine allgemeine Volkserhebung ist, wird jetzt auch von der italienischen Regierung nicht mehr in Abrede gestellt — nimmt einen immer ernsteren Charakter an. Er ist vom flachen Lande nun auch in die größeren Städte gedrungen. In Trapani kam es schon zu heftigen Ausbrüchen, obgleich die Truppen noch Herren der Stadt sein sollen. Auch in Palermo und Messina gähert es bedenklich.

Herr Crispi hat erklärt, er sei sicher, daß durch seine „Reformen“ die Ruhe wieder hergestellt würde. Die „Re-

formen“ bestehen in einigen Quacksalbereien; und er selbst hat so wenig Vertrauen in sie, daß er Truppen über Truppen nach Sizilien schickt und den dort kommandirenden General Morra mit diktatorischen Vollmachten ausgestattet hat.

Mit anderen Worten heißt das, der Belagerungs-zustand ist in Sizilien proklamiert. Und wie sagte doch einst der erste Minister des Königreichs Italien, Cavour? „Mit Belagerungs-zustand kann jeder Esel regieren.“ Oder auch die Regierung zerstören — fügen wir hinzu. —

Von einem unserer Korrespondenten wird uns über die „Hungerrevolution“ geschrieben:

Die Ausbrüche der Verweigerung des gemeinigen Volkes schlagen zu größeren Flammen empor. Von einem Gottesfrieden hatte Crispi in der Kammer gesprochen. Wie billig und bequem für den Haupturheber und Beförderer all dieser Noth, all dieses Elendes, der Erstickung des Volkes, der Ausfugung des Landes durch die Heeresrüstungen und — nicht zu vergessen — wie billig und bequem auch für den Mitbetheiligten an der Korruption. Hat doch eben erst das Bankhaus Filippo Weiss-Schott in Mailand ihm, dem Ministerpräsidenten die 240 000 Fr. leihen müssen, damit er nicht als Wechselhändler der Banca Romana die neue Regierung beginne. Mit eisiger Kälte, von den Sozialisten mit Spott und Hohn wurde dies Verlangen von der Kammer aufgenommen, und der Gottesfrieden befehlt heute auf Seiten des Volkes darin, daß Sizilien in Flammen lodert, und auf Seiten der Regierung in der Thatfache, daß immer neue Soldatenmassen hingefendet werden, ja daß im letzten Ministerrath soeben beschloffen wurde, das ganze neue Militäraufgebot von 1869 mit einem Male unter die Waffen zu rufen. Diese letzte Maßregel ist geeignet, auch im Auslande, in erster Linie in Frankreich, neue Spannung und Beunruhigung hervorzurufen. Das offizielle Militärblatt Italiens, „l'Esercito“ ergeht sich bereits in dunkeln Anspielungen im Hinblick auf diese Maßnahme, als läme es zu einem neuen, „frischen, fröhlichen Krieg“.

Nieder die Meheleien von Valguarnera, eine Stadt von 12 000, und von Scirera, eine Stadt von 14 000 Einwohnern, haben Sie schon berichtet. Die Mehelei war weit schlimmer, als die offiziellen Depeschen besagen.

Sassen Sie sich überhaupt durch die offiziellen Depeschen nicht täuschen. Es sind Lügendepeschen, namentlich die, welche Crispi's warmes Herz und Verschönerungsstimmung für die verhungerten, verweifelnden Bauern und Arbeiter Siziliens preisen. Die Thatfachen reden eine zu laute, blutige Sprache, und an Brutalität der Unterdrückungsmaßregeln wird Crispi seinem deutschen Vorbilde nichts nachgeben. Würde doch das neue Ministerium Crispi bei seiner Vorstellung in der Kammer von dem sozialistischen Abgeordneten Ferri begrüßt als das Konglomerat, die letzte Zusammenhäufung aller bürgerlichen abgeleiteten Parteien in Vereinigung und im Kampfe mit der neu aufsteigenden Partei der sozialistischen Arbeiter Italiens, der die Zukunft gehört. — Die Ausnahmeseheineung des sozialistischen Bürgermeisters von Montreale, Balsano, giebt den Bourgeoisblättern noch immer Stoff zu ängstlichen Betrachtungen. Sein muthiges, mannhafte Verhalten ist nicht ohne Wirkung geblieben; es hat die ganze Gemeindevertretung von Montreale begeistert und zu gleichem Schritte bewogen. Als der Regierungskommissar erschien, erklärten sie sich sämmtlich selbstbarisch mit dem abgesetzten Balsano und legten ihr Amt nieder. — Für die blutigen Opfer des Gemehls in Giardinelli hat die eben organisierte Provinzialfeste der Fasci von Palermo alle verfügbaren Mittel zur Unterhaltung gesandt. Es ist selbstverständlich, daß die organisierten Fasci, die das Programm der sozialistischen Arbeiter Italiens von Reggio Emilia angenommen haben, mit den Verweigerungsausbrüchen des hungernden Volkes an sich nicht in Beziehung gebracht werden dürfen, wie es die kapitalistische und Bourgeoispresse nur zu gerne thut. Wo mächtige Fasci bestehen und wirksam sind, ist ein solcher vulkanischer Ausbruch bisher nicht geschehen. Aber die Bewegung der Fasci ist ja noch ganz jung, kaum mehr als ein Jahr alt. Die thatsächlichen Hungerverhältnisse auf dieser von der Natur so gesegneten Insel — Sizilien war ja einst die Kornkammer Roms und könnte es wieder für halb Italien sein — und die wahnsinnig verkehrten und brutalen Maßnahmen der herrschenden Klassen, die sich vorzüglich in der Bestenung offenbaren, sind so himmelschreiend, daß kein ehelicher Sozialist anders als mit wärmster Antheilnahme diesen Hungerausbrüchen folgen kann. Verharrt die Regierung bei ihrem Prinzip, Pulver und Blei zur Antwort zu geben, anstatt der dringenden Reformen, so wird auch den organisierten Arbeiterbänden nichts anderes übrig bleiben, als den offenen Regentkampf gegen die Mörder des Volkes zu organisieren.

Durch den Brief unseres Korrespondenten wird voll bestätigt, was wir gestern schrieben, daß politische Parteien oder Organisationen mit dem Zustand, der ein

durchaus spontaner, das heißt ohne äußere Anstachelung entstanden ist, nichts zu thun haben.

Interessant, jedoch keineswegs überraschend ist die Thatfache, daß da, wo die Arbeiterorganisationen (Fasci) stark sind, die ausländische Bewegung entweder gar keine oder nur geringe Nahrung gefunden hat. In Deutschland hat die sozialistische Organisation, wie wir wiederholt nachweisen konnten, einen ähnlichen Einfluß ausgeübt. Greift die revolutionäre Bewegung um sich, so werden die Fasci freilich nicht fern bleiben und sie werden dann die Gewalt der Bewegung mächtig erhöhen, indem sie ihre Organisation auf dieselbe übertragen und ihr ein festes Gefüge mit festem Kern und zielklarer Leitung geben.

Aus Palermo wird gemeldet:

Bei dem Aufruf in Pietrapergina am 1. d. Mts. wurden acht Meuterer getödtet, sowie ein Kind und 15, sämmtlich Landleute, verwundet, von den Soldaten ist einer schwer verwundet, elf leicht verletzt. Der Anblick der Dörflichkeit ist ein überaus trauriger. Die Straßen sind völlig verlassen, zahlreiche Patrouillen haben alle Ausgänge besetzt. Bei der Zerstörung in Salemi am 1. d. Mts. wurde das Klubhaus der „Juori Amici“, die Bureau des Notars Saviera, die Volkshalle und andere Gebäude zerstört. Die Flammen sind 15 Kilometer weit sichtbar. In Ragusa sind die Magazine geschlossen; der Anblick ist trübselig; es herrscht aröche Bewegung. In Giblino umringten 84 Soldaten das Bürgermeisteramt, um die Inhabendekung desselben zu verhindern. Der Prätor Casapina aus Palermo begab sich auf die Straße, um Ruhe zu stiften, wurde aber von bewaffneten Meuterern getödtet, worauf die Truppen Feuer gaben. Um ein weiteres Blutvergießen zu vermeiden, verließ das Militär den Platz. Wie es eicht, sind fünf Meuterer getödtet und fünf verwundet.

Diese Nachrichten sind typisch. An vielen anderen Orten ist es ähnlich hergegangen. Der Telegraph ist in den Händen der Regierung, welche die Nachricht jenseit oder ganz zurückhält, wenn sie ihr nicht in der Kram passen. Sie läßt verbreiten, der Aufstand sei im Abnehmen, während er erst im Anfang ist. Die Lage verschimmert sich jeden Augenblick für die Regierung, die, nachdem sie gestern noch 40 000 Mann Soldaten für ausreichend zur Unterdrückung des Aufstandes hielt, heute beschloß hat, 20 000 mehr hinzuschicken, also im ganzen 60 000 Mann.

Das ist der Crispi'sche „Gottesfriede“.

Ein paar Zahlen werden es anschaulich machen wie furchtbar der Steuerdruck auf Sizilien ist, und wie schwer im Vergleich mit den Bewohnern anderer italienischer Provinzen die Sizilianer belastet sind: Piemont hat eine Bevölkerung von 3 400 000 Einwohnern und 12 Millionen Frank (Lire) an Verbrauchssteuern zu entrichten; Sicien bei einer Bevölkerung von 3 500 000, also von nur 100 000 Köpfen mehr, hat beinahe das Zweifache, nämlich 35 Millionen Lire, aufzubringen. Das sind berebete Ziffern, die beweisen, daß unter den ausgefogenen Provinzen Italiens Sizilien, das „Stiefend“, die ausgefogenste ist.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 4. Januar

Streit über das monarchische Bewußtsein. Die „Konservative Korrespondenz“ und die „Kreuz-Zeitung“ einerseits, die „Nordd. Allg. Ztg.“ andererseits streift sich erregt über das monarchische Bewußtsein. Wir sind zu wenig Sachmänner auf diesem Gebiete, um diesen Streit zu entscheiden, doch glauben wir, daß das monarchische Bewußtsein von diesem Streite keinen Nutzen hat.

Eine Folge des Eulenburgischen Erlasses. Aus Delitzsch wird gemeldet, daß das amtliche Kreisblatt, welches die Annahme der „kleinen“ Handelsverträge im Reichstage seinen Lesern verheimlicht hat, einen Artikel zu gunsten des russischen Vertrages veröffentlicht. Wie etorum die Verhältnisse bisher gewesen, erkennt man daraus daß es bei der letzten Wahl unmöglich gewesen ist, den Wernu die dem russischen Handelsverträge zu grunde liegenden Thatfachen auseinander zu setzen und sie über die Pflichten der Regierung aufzuklären, weil infolge des landtäthlichen Einflusses kein Saal zu haben war. Das Eintreten des amtlichen Kreisblattes für den Handelsvertrag mit Rußland scheint demnach eine Folge des Eulenburgischen Erlasses vom 20. Dezember v. J. zu sein.

vor diesen unaufhaltsam dahintrollenden Wagen betroffen fiell.

Wie sollte sie da hinüber kommen? Sollte sie umkehren? Aber da erpähte sie eine Lücke und rasch entschlossen, ihre Kalesse fester an sich drückend, hüpfte sie über die Straße.

Als sie drüben angekommen war, wandte sie den Kopf und blickte zurück, wie auf eine glücklich überstandene Gefahr.

Aber plötzlich war eine Stauung eingetreten, und darüber entstand ein Lärm, ein Schimpfen und Schreien der Kutscher.

Ein junger Mann, der einen eleganten Phaeton selbst kutschte, hatte mit einem heftigen Ruck seine Pferde zum Stehen gebracht, dadurch fuhr der nächste Wagen in den seinen und der nächst nächste in den vorderen hinein und die Verwirrung war allgemein.

Vene kummerte sich nicht darum und lief vorwärts.

Aber auch der Schaubige, der die Zügel dem Bedienten zugeworfen hatte und vom Wagen herabgesprungen war, lehnte sich nicht weiter daran und flüchtete gleich ihr in derselben Richtung.

Es war Dr. Hartmann, der in dem die Straße übersehenden Mädchen diejenige erkannt hatte, die er seit Langem suchte.

Sie sollte ihm nicht mehr entkommen.

Bald hatte er sie eingeholt und überholt.

Er blickte sie scharf an, um sich zu vergewissern, daß er sich nicht getäuscht hatte; sie war es wirklich, und er erkannte jeden Zug in dem lieblichen Gesichtchen wieder, das er vor seinem Blick erdäusen sah.

Er blieb stehen, um eine Zigarre aus seinem Etui zu nehmen und langsam anzuzünden — so mußte sie wieder an ihm vorbei kommen.

Sie wendete den Kopf von ihm weg, nach der anderen Seite. Der Schelm, sie wußte es wohl, daß sie im Profil noch entzückender war.

Durch die rasche Bewegung war in dem Papier, das ihre Kalesse umhüllte, ein Riß entstanden, die weißen Blüthen drängten sich ausbreitend daraus hervor und umrahmten das rosigste und frischeste Mädchenantlitz, das

selbst wie eine Blume im Dufte der Jugend dahinter hervorah. Ihr Gang war leicht, er hatte etwas Schwebendes, und wie sie durch die lichtglänzende Au dahinschritt, deren knospende Büume den ersten grau-grünen Schimmer zeigten, erschien sie ihm wie der Frühling selbst, der eben ins Land zieht. Jede Andere, die mit eigenen Händen ihre Blumen vom Markte trug, hätte er in die niederste Stufe rangirt, sie trug sie, als ob sie zu ihr gehörten, wie ein Emblem.

Gewiß, sie verdiente seine Aufmerksamkeit und das tiefe Interesse, das er für sie von dem ersten Augenblick an empfand.

Und er ging hinter ihr drein und examinierte genau jedes Glied und jede Rundung dieses jugendlichen Körpers, den er mit den Augen zerpflichtete.

Sie waren aus dem Park durch den Hofgarten gegangen und betraten den Odeonplatz, in den eine Anzahl Straßen einmündeten.

Er hielt sich nun knapper an ihren Fetzen, um ihr keinen Vorwurf zu lassen.

Sollte er sie ansprechen? Nein. Auf der Straße brauchte sie ihm keine Antwort zu geben; er gedachte ihr in anderer Weise näher zu treten, sobald er nur erst wußte, wer sie war und wo sie wohnte.

Jenes immer raschere Gehen irritirte ihn, seine bezogene Haltung forderte keineswegs zu einer Frucht heraus. Sie befanden sich überdies in einem belebten Stadttheil und sie hatte nichts zu befürchten.

Vene hastete indes immer weiter; sie wußte, daß sie verfolgt wurde. Sie konnte, sobald sie einen raschen Blick seitwärts warf, die Gestalt ihres Verfolgers in den Schaufenstern sich widerpiegeln sehen, und sie verhehlte sich nicht, daß diese jung, elegant und anmuthig war. Es verkehrte nur ihre Angst. Wenn sich wiederholen sollte, was ihr weibliches Jazgefühl so tief verletzt hatte, wenn ihr eine neue Schmach zugebracht wäre und sie sich abermals zu vertheidigen hätte gegen eine unverdiente Beleidigung?! Ihr Blut wallte stürmisch, ihre Besonnenheit schwand unter der sich steigenden Angst und Verwirrung und ihre Nerven gehorchten nur mehr dem einen, rein instinktiven Antriebe, dem ihr Nachsetzenden zu entkommen und sich seiner Verfolgung zu entziehen.

So rannte sie wie ein gehehtes Wild über den Maximilianplatz dahin. Ihre Wangen brannten, ihre Brust leuchtete. Sie trug noch immer die Kalesse in den ermattenden Armen, aber sie war ihr so schwer geworden, daß sie maste, sie mußte sie schon im nächsten Augenblick von sich weisen, als eine nicht länger zu bewältigende Last. Dort schoß sich ein Gebäudelkomplex in einer scharfen Ecke in den Weg hinein, dorthin richteten sich ihre Augen. Wenn sie diese Ecke vor ihm erreichen könnte, wäre alles gewonnen. Daunblieb sie ihm einige Augenblicke entzogen, sie konnte sich in in Haus flüchten und verstecken.

Schon an der Grenze ihres Könnens, raffte sie noch einmal ihre Kräfte zusammen und lief, nein, strzte vorwärts, bog um die Ecke und rannte gegen ein großes Haus zu, dessen Thor weit offen stand.

Aber da straukelten ihre zitternden Füße vor einem vorstehenden Pflasterstein, sie stürzte, die Kalesse st an sich drückend, zu Boden und verlor das Bewußtsein. Das Gefühl der Kälte brachte sie wieder zu sich. In Gesicht war feucht von Wasser.

Sie riß die Augen auf, wie aus einem Traum wachend, und begegnete dem freundlichen Anlitz eines jungen Mädchens, das sich besorgt über sie beugte.

„Wo bin ich?“ fragte Vene.

Sie fand sich in einem fremden Gemach, sich selbst auf einer Ottomane hingestreckt. Sie wollte emporspringen, aber die Muskeln verweigerten.

„Bleiben Sie ruhig, Fräulein“, flüsterte das Mädchen in einem süßlichen Ton. „Seien Sie unbesorgt, es ist Ihnen nichts geschähen. Sie waren nur betäubt von der schweren Fall. Sie sind vor unserem Hotel gestürzt, der portier hat Sie heraufgetragen.“

„Und meine Kalesse?“

Das Mädchen lächelte.

„Die muß einen neuen Topf bekommen, das wird sie sich schon wieder erholen. Aber denken Sie nicht daran und erholen Sie sich vorerst selbst, das ist wichtiger“ und sie drückte Vene sanft in die Kissen zurück.

Diese leistete keinen Widerstand, sie lächelte und nickte, als wolle sie sagen, ich verstehe jetzt Alles und habe keine Angst mehr.

Das Zentrum dürfte nach Meldung der Bonner Reichs-Zeitung für die Steuervorlagen stimmen, der Kuhhandel scheint demnach schon abgeschlossen, die armen Zentrumswähler erhalten somit theuereren Tabak und Wein, Quittungs- und Frachtbriefsteuer, dafür aber auch die Jesuiten und eine Verschlechterung der Schule. Leider wir auch.

Ueber Religion als Privatsache leitartikel die Norddeutsche Allgemeine Zeitung" aus Anlaß des Beschlusses der belgischen Genossen. Das offiziöse Blatt wirft der Sozialdemokratie vor, mit diesem Programmfrage Kompromisspolitik zu machen. Daß dies aber nicht der Fall ist, weiß jeder, dem es nicht verborgen geblieben ist, daß die Sozialdemokratie heute die einzige Partei ist, welche ehrlich die freie Meinungsäußerung und damit auch die volle Religionsfreiheit innerhalb und außerhalb der Partei vertritt.

Gutgesinnte Bomben. Von einer Attentatsdrohung nimmt der „Hannoversche Courier“ nachträglich Notiz. An den Polizeipräsidenten in Hannover ist vor Weihnachten ein Schreiben eingegangen, in welchem angedroht wird, daß die Häuser der Polizeidirektion und des Regierungspräsidenten (Willy Bismarck) mit Dynamit in die Luft gesprengt werden sollen, wenn nicht die Bestimmungen über die Sonntagsruhe für den Sonntag vor Weihnachten aufgehoben werden. Das nationalliberale Blatt bezeichnet dieses Schreiben als einen nicht ernst zu nehmenden albernen Brief und will es dahingestellt lassen, ob darin ein roher Scherz oder ein thörichter Nöthigungsversuch zu erblicken sei. Eins von beiden wird wohl der Fall sein, aber — wir hätten das Wuthgeheul des Bennigsen'schen Organs hören mögen, wenn etwa der Inhalt des Briefes eine gleiche Androhung für den Fall der Beseitigung der Sonntagsbestimmungen enthalten hätte. Dann hätte man es nicht bloß mit einem albernen, nicht ernst zu nehmenden Brief zu thun gehabt, sondern mit allem Bombast fittlicher Entrüstung wäre nach Polizei- und Ausnahmegeetzen geschrien worden. Woher dieser Unterschied? Die Beseitigung der Sonntagsruhe liegt allen Bourgeoisparteiern am Herzen und selbst die Antisemiten lachten sich im Reichstag ihre Sporen mit einem Antrag für jene zu verdienen; der Bombendroher gehört also zu den „Gutgesinnten“, dem höchstens ein unpassender Scherz zuzutrauen sei, während die Sache des Arbeiterschutzes einzig und allein den bösen Nothen am Herzen liegt.

Aus den Ferienkolonien. In Mex haben sich nach einem Soldatenbrief drei Rekruten bei den Dragonern das Leben genommen; zwei sprangen in die Mosel, einer erhängte sich. Ein Viertel suchte sich die Pulsadern zu öffnen.

Die unersättliche Profitwuth der Grubenbarone tritt wieder einmal in hellster Beleuchtung anlässlich des von der westfälischen Bergpolizei in Aussicht genommenen Verbotes des Schießens in den Gruben. Nach derselben soll nämlich fortan das Schießen in reiner Kohle vollständig untersagt sein. Die Begründung dieser Vorschrift basiert auf der wiederholt beobachteten Thatfache, daß — wie lehtin auch auf Kaiserstuhl — an Stellen, wo man vorher Weiter oder explosiven Kohlenstaub nicht bemerkt hat, dennoch durch Abkühlen eines Sprengstoffes Katastropheneingetreten sind, denen zahlreiche Familien zum Opfer fielen. Zweifellos steht fest, daß ein Schießverbot im dringendsten Interesse der Sicherheit des Betriebes und der Mannschaften liegt und daher mit Freuden begrüßt werden sollte. Allerdings ist das von der Hand erfolgende Schrämmen wesentlich zirkulärend. Dennoch hat die Erfahrung gezeigt, daß gerade Fechen, auf denen wegen der massenhaften Anhäufung von Explosivstoffen das Schießen schon länger verboten ist, diese Opfer längst wieder weit gemacht haben. Dessen ungeachtet aber ist, wie die „Volks-Zeitung“ mittheilt, der wir diese Angaben entnehmen, die Vertretung der Bergbau-Industrie nicht gewillt, zur Einführung der Sicherheitsvorschrift zu gunsten der Arbeiter die Hand zu bieten. Gewinneinbuße, Unterbrechung der Stetigkeit der Produktion und wie die Einwände alle heißen mögen, werden als „wichtige“ Abwehrmittel ins Treffen geführt. Merkwürdigerweise aber geschieht das in demselben Augenblick, wo die längst geschaffene Wirtschafts-Organisation der

beiseitigen Fechen, das Syndikat, selbst für eine Verminderung der Förderung plaidirt. Für die demnächstige Jahresversammlung soll nämlich folgender Förderungsplan pro 18. 4. vorgelegt werden: Im Januar und Februar und vom September bis 1. Januar 1895 volle Förderung; vom März bis zum August und im Bedarfsfalle auch im November eine Einschränkung der Förderung um 8 pCt., d. h. mit anderen Worten: Auf der einen Seite Vermeidung von Sicherheitsvorschriften zu gunsten der Arbeiter aus Angst vor Einbußen und Gewinnverringern; auf der anderen Seite gewaltsame Einschränkung Uebergewinn bringender Produktion, ohne das Äquivalent größerer Sicherheit für die Arbeiter unter Verschärfung ihrer an sich bedrängten wirtschaftlichen Lage. Bei solcher Sachlage darf man sich nicht wundern, wenn dem Arbeiter das Verständnis für die „Unternehmersfürsorge“ mehr und mehr verloren geht.

Aus dem gleichen Oberbergamts-Bezirks Dortmund wird mitgetheilt, daß die Gerichte sich wieder einmal in ganz charakteristischer Weise gegen die Arbeiter und für das Unternehmertum ausgesprochen haben. Wir verweisen hierüber auf unsere Notiz „Vom Bergarbeiterstreik“ in unserer sozialen Uebersicht. Auch dieses Streikverbot wird die Arbeiter nicht hindern, die Arbeit niederzulegen, wenn die unersättliche Profitwuth des Unternehmertums sie zu diesem Schritt drängt.

Zum Militärboikott schreibt die „Vossische Zeitung“ einen ganz vernünftigen Leitartikel, dem wir folgende zwei Absätze entnehmen:

Den Soldaten erwachsen sowohl in kleinen wie in großen Städten erhebliche Uequeulichkeiten aus den militärischen Verurtheilungen. In den großen Orten kann der Soldat oft im Zweifel sein, ob die Wirtschaft, die er eben betritt, verboten oder erlaubt sei. Ein Register von neunzig Kneipenamen kann er unmöglich im Kopfe haben; er kann es auch nicht immer bei sich tragen. Er geräth in eine peinliche Lage, wenn er einer größeren Gesellschaft oder einer Familie, mit der er eben freundschaftlich verkehrt hat, erklären muß, er sei genöthigt, sich von ihr zu trennen, da er die Wirtschaft, in der man jetzt einkehrt, nicht besuchen dürfe. In diesem Augenblicke entsteht in seinem Innern nothwendig ein Gefühl der Bitterkeit über die amtliche Bevormundung, und dieses Gefühl ist den sozialdemokratischen Zwecken förderlicher als jede Ueberredungskunst, die in der Kneipe oder in den Biergärten von Sozialdemokraten an dem Soldaten versucht werden könnte. Gewonnen ist mit dem Verurtheilten nichts. Wenn die Sozialdemokraten es auf die Verführung von Soldaten abgesehen hätten, so wüßten sie sicherlich Mittel und Wege zu finden, ihre Absichten in anderen als den boikottirten Wirtschaften wirksam zu verfolgen.

Die Verurtheilung erscheint vom Standpunkte der militärischen Manneszucht weder nöthig noch nützlich. Vom wirtschaftlichen Standpunkte ist sie eine zweifelhafte Waffe, vom Standpunkte der Erziehung aber ist sie schwer zu vertheidigen, da sie in dem Soldaten die Empfindung weckt, in seinen Privatverhältnissen, die mit der Militärpflicht nichts zu thun haben, ohne Noth beengt, in der freien Verfügung beschränkt zu werden. Die Militärverwaltung würde schwerlich einen Nachtheil verspüren, wenn sie einen dicken Strich durch die ganze Verurtheilung machte.

Der Prozeß gegen den jungen jehischen Geheimbund Dmladina soll am 15. Januar beginnen. 78 Personen sind angeklagt.

Volksrecht. Im schweizerischen Nationalrath wurde vor Schluß der Session von demokratischen Abgeordneten folgender Antrag eingereicht, den wir nachträglich veröffentlichen:

Der Bundesrath ist eingeladen, Bericht und Antrag zu bringen über die Frage, ob nicht die Art 89 und 90 der Bundesverfassung in nachstehender Weise zu ersehen seien:
Art. 89. Für Bundesgesetze und Bundesbeschlüsse ist die Zustimmung beider Räte erforderlich. (An die Stelle des demaltes geltenden fakultativen Referendums tritt ein beschränktes obligatorisches Referendum.)
Art. 90. Das Vorschlagsrecht (Initiative) umfaßt das Begehren von 30 000 Schweizerbürgern oder von 8 Kantonen um Erlass, Aufhebung oder Abänderung eines Bundesgesetzes oder eines im Bundesgesetz ausführenden Bundesbeschlusses. Solche Begehren können in der Form der einfachen Anregung oder des ausgearbeiteten Entwurfs gestellt

werden. Erfolgt das Begehren in der Form der einfachen Anregung, so ist, wenn die beiden Räte demselben nicht von sich aus entsprechen, die Volksabstimmung darüber anzuordnen. Im Falle der Annahme des Begehrens findet dessen Ausführung durch ein Gesetz statt. Erfolgt das Begehren in der Form des ausgearbeiteten Entwurfs, so ist die Volksabstimmung darüber anzuordnen. Im Falle der Annahme ist der Entwurf Gesetz. Die beiden Räte können ihre Ansicht sowohl über die einfache Anregung, welcher sie nicht von sich aus entsprechen, als über den ausgearbeiteten Entwurf des Stimmberechtigten in einer Versammlung zur Kenntniß bringen.

Art. 90a. Volksabstimmungen finden ordentlichweise nur einmal im Jahr, im Herbst, statt. In der Zwischenzeit darf nur in dringenden Fällen eine Volksabstimmung angeordnet werden.

Artikel 90b. Bei allen eidg. Abstimmungen ist die Stimmsabgabe für die Stimmberechtigten obligatorisch. Durch Bundesbeschluss wird bezüglich des Obligatoriums und der Anordnung der Volksabstimmung das Erforderliche festgestellt.

Die Einigung der französischen Sozialdemokratie. In einer gestern in Paris abgehaltenen Parteiversammlung wurde ein Antrag zu gunsten einer vollständigen Vereinigung der verschiedenen Gruppen der französischen Sozialdemokratie zum Beschluß erhoben.

Die Schreckenkomödie, welche die französische Polizei jetzt mit ihren „anarchistischen“ Schülern aufführt, wird von der bürgerlich-radikalen Presse Frankreichs ebenso beurtheilt, wie von uns und unseren französischen Genossen. In wenig Tagen tritt die Kammer wieder zusammen, und die nach Paris zurückkehrenden Abgeordneten sollen sich vor dem Nothen Gespenst hinter die Rockschöße der Polizei und Regierung flüchten, und Herrn Cahmir Perier seine Majorität geben — das bezeichnet „Justice“ als den Zwed der sinnlosen Maßregel, die nach den jüngsten Berichten ganz resultatlos geblieben ist, d. h. nichts zu Tage gefördert hat, was man nicht schon längst mußte. Der ministerielle „Temps“ sagt navo: „Der Zwed war, die öffentliche Meinung zu beruhigen, indem man zeigte, daß mit den neuen Gesetzen Ernst gemacht werden soll.“ „Beruhigen“ ist gut. Das ganze Geheimniß ist aber in diesen Worten verrathen. Beiläufig waren zu diesen Hausfuchungen die „neuen Gesetze“ gar nicht nothwendig. Alles was sie seit dem 1. Januar gethan, hätte die Polizei längst thun können, wenn sie gewollt hätte.

Umberto, der König Italiens, bereitet sich schon auf die Revolution vor, die ihn vielleicht bald aus dem sonnigen Italien hinausjagen wird. Der in Paris erscheinende „New-York Herald“ und der Mailänder „Secolo“ bringen nämlich die Nachricht, König Humbert habe sein Vermögen nach einer Rücksprache mit seinem Hausminister bei dem Hause Rothschild in London deponirt.

England hat im laufenden Rechnungsjahre ein Defizit von ca. 40 Millionen Mark. Und dabei giebt die Regierung nach der Meinung der Opposition zu wenig für die Marine aus!

Unruhen in Serbien. Aus Belgrad wird untern 4. d. M. telegraphirt: Hier eingetroffenen Nachrichten aus Mt-Serbien zufolge haben mehrere albanische Stämme die kirchlichen Behörden vertrieben. Es wurden sofort Truppen entsandt.

Stambulow, der bulgarische Bismarck, ist eifrig am Werk, sich und dem Koburger den Boden unter den Füßen abzugraben. Obgleich er ein großes Defizit zusammengewirtschaftet hat, Beamten- und Offiziergehälte vermindert, so hat er die Unverschämtheit befohlen, die Dividende des reich begüterten Fürsten zu erhöhen. Dabei revidirt er im reaktionären Sinne die ursprünglich freibeitlichen Gesetze Bulgariens, so mußte sich die Sobranje, das bulgarische Parlament, kurz vor seiner Vertagung mit der Verschärfung des Pressegesetzes beschäftigen. Dem Gesetzentwurf zufolge würde in Zukunft eine Person, die sich wegen Pressevergehens in Präventivhaft befindet, sich nicht als Herausgeber oder Redakteur eines Blattes zeichnen können. Des Weiteren sollen Strafen für die Veröffentlichung von gerichtlichen Dokumenten, Staatsakten u. dgl. vor der Verhandlung festgesetzt werden.

Zum griechischen Staatsbankrott. Der König von Griechenland hat, wie man der „Vossischen Zeitung“ aus Athen schreibt, das Gesetz betrefss des Staatsbankrotts, nach mehrtägigem Abwarten in voller Kenntniß der von den fremden Regierungen eingebrachten Proteste sanktionirt. Ministerpräsident Trikapis hat weder von der vom französischen Gesandten im Auftrage seiner Regierung schriftlich formulirten Verwahrung, noch von dem mündlichen Proteste des deutschen Gesandten der Kammer seiner Zeit Mittheilung gemacht. Diese Umstände blieben den Deputirten der Opposition unbekannt. Das Zaudern des Monarchen wurde von der Opposition in einem ihr günstigen Sinne aufgefaßt, und sie sprach von dem Rücktritte Trikapis als von einem nahe bevorstehenden Ereigniß. Es ist aber nicht einzusehen, wie bei dem gegenwärtigen Stande der griechischen Finanzen eine neue Regierung den Gläubigern mehr als werthloses Papier und leere Versprechungen bieten könnte.

Bankrott müssen die Staaten werden, bevor sie dem Militärwahnsinn Einhalt thun. Dies sieht man an Griechenland. Ein Athener Telegramm meldet nämlich: Das griechische Budget weist eine bedeutende Herabsetzung der Ausgaben für öffentliche Bauten, sowie für das Heer und Marine aus.

Zur Lage in Brasilien kommt die Nachricht von einer Intervention der fremden Kriegsschiffe. Nach Meldungen aus Pernambuco haben die Kommandanten der fremden Kriegsschiffe dem Admiral de Gama erklärt, sie würden einer neuen Beschießung der Stadt Rio entgegen treten, so lange die Handelschiffe keinen Ankerplatz zum Einnehmen oder Lösen der Ladung hätten, wo keine Gefahr für dieselben bestände. — Eine anderweit nicht bestätigte Meldung bringt der „New-York-Herald“ aus Montevideo. Danach soll der Führer der ausländischen Flotte, Admiral Mello schwer verwundet sein und sich zur Behandlung nach Montevideo begeben haben. Seine Wunden sollen von Granatsplittern herrühren, die er erhielt, als der „Aquidaban“ nördlicher Weise aus dem Hasen von Rio de Janeiro segelte.

In der Provinz Rio Grande do Sul haben die Insurgenten weitere Fortschritte gemacht. Nach in Paris vorliegenden Nachrichten marschiren die Aufständischen nach Santa Anna, das von den Regierungstruppen verlassen worden ist.

Sie streckte sich ihrer ganzen Länge nach aus. . . Ach, sie war so müde, und es that wohl, sich dieser Ermattung hinzugeben. Mit einer schlaffen Handbewegung langte sie nach dem Mädchen, ohne es erreichen zu können, und so begnügte sie sich, ihr zuzuschliefen:

„Bitte, gehen Sie nicht fort, bleiben Sie bei mir.“
Und als sie sah, daß das Mädchen bejahend nickte, legte sie sich mit einem Seufzer der Erleichterung auf die Seite und schloß die Augen. . . Die ganz Erschöpfte war eingeschlafen. Einen Augenblick blieb es ganz still in der Stube, dann bewegten sich die seidnen Vorhänge des großen Fensters und Hartmann, der lauschend dahinter gestanden, kam unhörbar über den dicken Teppich heran geschlichen.

„Nun?“ fragte er leise und ungeduldig.
„Ich fürchte, das Fräulein ist aufs Neue bewußtlos geworden.“ kispelte das Stubenmädchen.
„Haben Sie die Kleider geöffnet?“
„Ja, sie beengten sie kaum; das Fräulein trägt kein Nieder.“

„Es ist gut,“ sagte er in seiner vornehmen Art, ihr Stillschweigen auferlegend, dann beugte er sich leise und vorsichtig über die Regungslose.

Ihr Athem ist regelmäßig — sie schläft — wir haben nichts mehr zu fürchten,“ und mit einem gebietenden Blick: „bejorgen Sie einen Wogen.“ . . . „Gehen Sie,“ sagte er scharfer hinzu, als sie zögerte, und er drückte ihr gleichzeitig ein Geldstück in die Hand.

Sie ging nach der Thür. Er horchte auf ihre sich entfernenden Schritte, dann sah er sich nach der Schlafenden um.

Sein Herz klopfte heftig. Er hatte diese Situation nicht herbeigeführt, er wollte sich einreden, daß er sie nicht einmal gewünscht hätte, aber nun — leise näherte er sich der Schlafenden.

Draußen schien noch die Sonne und ihr abendliches Roth lag in den Gipfeln der Bäume.
In dem Gemache mit den gelbseidenen, die Fenster umhüllenden Vorhängen herrschte eine goldige Dämmerung; die ihren weichen Schimmer auch über die auf der Ottomane angeordnete Gestalt warf. Ein dunkles Kleid umhüllte sie

knapp und enge, das Leibchen war aufgedrückt und ein schmaler Streifen des weißen Hemdes war sichtbar, unter dem der junge Busen in gleichmäßigen Intervallen sich hob und senkte.

Er warf einen raschen Blick gegen die Thür — dort der Kiesel — er brauchte ihn nur vorzuschieben und — was konnte ihn hindern glücklich zu sein — ach was glücklich — rasend vor Seligkeit!

In siebender Begehrlichkeit wollten seine Finger sich diesem weißen ihm entgegen schimmernden Halse nähern, als er ihr aber in das Gesicht blickte, zuckte die Hand zurück.

Dies Gesicht in seiner ersten Ruhe, mit dem sanftesten kindlichen Ausdruck machte ihn betroffen und schlichtete ihn ein.

Nein. . . ein Frevel wär's . . . und beginge er ihn, würde er sich damit nicht selbst um etwas betrügen, das kostlicher wäre, als alles, was er bisher gekannt hatte?
„Nein,“ rief es stärker in ihm, „das ist eine Reime und Du bist kein Schurke.“

Er ging von ihr hinweg gegen das Fenster.
Er brauchte Luft. Linde strömte sie ihm entgegen, vermengt mit dem Duft von Frühlingsblumen, die auf der Terrasse im Flor standen.

Frühlingsmorgen hier außen und innen. . . Er fühlte sich plötzlich von einer großen Freude ergriffen. Endlich hatte er gefunden, nach dem er sehnsüchtig verlangt. Das ist ja so eine kleine Kaulquappe, ein jugendzartes, unentwickeltes Ding — und er würde ihr Erster sein, ihr Einziger, ihr Alles.

Er dachte in diesem Augenblick nicht weiter darüber nach, wie sich die Dinge gestalten würden, wie weit er sich selbst zu verpflichten hätte, er dachte nur an die Schöpfereien dieses kaum erblickten Körper, die er bereits für sich in Anspruch nahm. Er mußte sie besitzen; aber freiwillig sollte sie sich ihm geben. Sie sollte nicht vor ihm fliehen, sie sollte nach ihm verlangen, wie er nach ihr, und wenn ihre Sinne noch im Schlummer lagen, er wollte sie wecken; zu stürmischer Leidenschaftlichkeit sie entflammen, bis sie wollustbetend sich in seine Arme wirft, um sich in seinem Besitze zu beruhigen.

(Fortsetzung folgt.)

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Freitag, den 5. Januar. Opernhaus, Margarethe. Schauspielhaus, Goyß und Schwert. Deutsches Theater, Des Meeres und der Liebe Wellen. Berliner Theater, Aus der komischen Oper. Das Gefängnis. Festsing-Theater, Der ungläubige Thomas. Ein Millionär a. D. Friedrich-Wilhelmstädt. Theater, Der Lieutenant zur See. Residenz-Theater, Der Mustergatte. Neues Theater, Jugend. Central-Theater, Die eiserne Jungfrau. Berlin 1893. Adolph Ernst-Theater, Charley's Tante. Vorher: Die Bajazzi. Viktoria-Theater, Die Kinder des Kapitän Grant. Alexanderplatz - Theater, Die lustigen Weiber von Berlin. National-Theater, Der Teufel in Berlin. Theater Unter den Linden, Keine Vorstellung. American-Theater, Die Gründung Roms in der Modernstraße, oder: Die Rache des Säuerichs. Wintergarten, Spezialitäten-Vorstellung. Heidshallen-Theater, Spezialitäten-Vorstellung. Apollo - Theater, Spezialitäten-Vorstellung. Kaufmann's Variété, Spezialitäten-Vorstellung.

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 132. Sensationelle Novität!

Der Teufel in Berlin.

Barocke Posse mit Gesang und Tanz in 3 Aufzügen von Eugen Brubens. Musik von Adolph Wiedede. Regie: Max Samst. Kaffeneröffnung 6 1/2 Uhr. Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr. Morgen: Dieselbe Vorstellung. Sonntag: Anfang 7 Uhr, Doppel-Vorstellung.

Hedwig, die Banditenbraut.

Trauerspiel von Körner. Hierauf:

Der Teufel in Berlin.

Central-Theater.

Alte Jakobstraße 30.

Die eiserne Jungfrau.

Hierauf:

„Berlin 1893“.

Revue in 2 Akten, von L. Leipziger. Musik von Alexander Krakauer. Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr. Anfang der Revue 9 1/4 Uhr. Sonnabend, den 6. Januar cr., 2. Male:

Ein toller Einfall.

Schwank in 4 Akten von Carl Laufs. Hierauf: Berlin 1893.

Adolph Ernst-Theater.

Charley's Tante.

Schwank in 3 Akten v. Brandon Thomas. Vorher:

Die Bajazzi.

Parodistische Posse mit Gesang in 1 Akt von Ed. Jacobson u. Benno Jacobson. Musik von Franz Roth. In Szene gesetzt von Adolph Ernst. Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Kaufmann's Variété

Am Stadtbahnhof Alexanderplatz.

Täglich:

Spezialitäten-Vorstellung und Konzert.

Neu! Neu! Neu! Ein Stiergeficht in Cadix.

Große Ausstattungs-Parodie. Pantomime mit Ballet, angef. von den spanischen Clowns Hermandos Belso und sämtlichem Theaterpersonal.

Anfang: Sonntag 8 Uhr. Wochentags 8 Uhr. Entree Wochentags 50 Pf.

W. Noack's

Concert- und Gesellschafts-Säle, Brunnenstrasse No. 16.

Täglich:

Gr. Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.

Jeden Sonntag und Donnerstag Nach der Vorstellung: Tanz-Kränzchen.

Avia! Empfehle meine hochgelegenen Säle mit elektr. Beleucht. f. Vereine und Privatgesellschaften zu den kulant. Bed.

American-Theater.

Täglich:

Große Vorstellung. Neu! Wieder-Auftreten Neu!

des urkomischen Bendix.

Neu!! Auftreten des Neu!! besten Bauhredners d. Jetztzeit

H. Blank.

Ferner:

Die Gründung Roms

oder: Die Rache des Säuerichs.

Musik. sämtl. Spezialitäten.

In Vorbereitung: Die Oddachlosen, oder: Lumpen-Susanne. Parod. real. Trauerspiel von Oscar Wagner. Anfang Wochentags 7 1/2 Uhr, Sonntags 6 1/2 Uhr.

Etablissement Moritz-Platz. Buggenhagen. Moritz-Platz.

Täglich: Gr. Instrumental-Konzert.

Gr. Frühstücks- u. Mittagstisch. Spezial-Ausschnitt von Fahrenhofer Lagerbier, hell und dunkel.

An den Wochentagen findet das Konzert in den unteren Restaurationsräumen, Entree 10 Pf., Sonntag in dem oberen Saal, Entree 25 Pf., statt. Säle für Versammlungen, Kommerze, Festlichkeiten etc.

Gratweil'sche Bierhallen

Kommandantenstr. 77-79. Vell. u. größt. Etablissement. Berl.

Neues Programm.

Täglich von 12 1/2 Uhr ab bei freiem Entree Matinee u. Abends von 6 1/2 Uhr ab:

National-Konzert D. Obenlandler

in National-Tracht und Auftreten von

Künstlern u. Spezialitäten I. Ranges.

Anf. Wochent. 7 1/2 Uhr. Entree 15 Pf., reserviert 30 Pf. Anf. Sonntags 5 Uhr. Entree 30 Pf., reserviert 50 Pf.

Anerkannt gute Küche. Säle für Festlichkeiten u. Versammlungen. 3 Kegelbahnen, 6 Bill., pr. Std. 60 Pf. Spieler zahlen kein Entree. Carl Koch.

Victoria-Brauerei, Sägewerkstraße 111-112.

Freitag, den 5. Januar cr.:

Stettiner Sänger

(von nun an wieder jeden Montag und Freitag). Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf. Im Vorverkauf 40 Pf. (siehe Plakate).

Besonders humorvolles Progr. Sonntag: Soiree in Sanssouci.

Circus G. Schumann, Friedrich-Karl-Ufer, Ecke Karlstrasse.

Freitag, den 5. Januar cr., Abends 7 1/2 Uhr.

Gr. Brillant-Vorstellung.

Aus dem reichhaltigen Programm ist hervorgehoben: Zweites Auftreten des beliebten Klowns

Little Fred

mit seiner Menagerie. Saltomortal-Hund zu Pferd „Mohr“. Hund „Era“ als Jockey. Amerikanisches Pferd „Quick“ u. dressiertes Schwein „Boby“.

Walküren-Quadrille, ger. v. 16 Dam. Grand Rotunde american. Fidibus, als Springpferd vorgef. v. Direktor. Schulpferd Nelusco, geritten von Fr. Lecusson. Springfahrschule, ger. v. Herrn Adolf Schumann. 12 Hengste, in 3 Abteilungen vorgef. von Herrn Max Schumann. Zum Schluss der Vorstellung: 10 Amerikanerinnen, Cavallerie zu Pferd, höchst komisches Intermezzo von sämtl. Klowns.

Morgen: Gr. Vorstellung mit neuem Programm. Sonntag 2 Vorstellungen, Nachm. 4 Uhr und Abends 7 1/2 Uhr (Nachm. 1 Kind frei) in Rübezahl. Hochachtungsvoll und ergebenst G. Schumann, Direktor.

Zahn-Arzt Rob. Wolf,

hebt Leipzigerstraße 22. 919b

Apr. 8-7 Uhr.

Todesanzeige.

Allen Freunden, Verwandten und Bekannten zur Nachricht, daß mein lieber Mann, der Arbeiter

Georg Erdmann nach langen, schweren Leiden am 3. Januar 1894 an der Proletarierkrankheit verstorben ist. Die Beerdigung findet Sonntag, den 7. Januar, Nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause Hochmeisterstr. 25 aus, nach dem Frei-religiösen Kirchhof statt. 1118b

Die tiefbetrübte Wittwe

E. Erdmann, geb. Pankow.

Allen Verwandten und Bekannten machen wir die traurige Mitteilung, daß mein lieber Sohn, unser Bruder und Onkel, der Gärtler

Paul Laute nach schweren langen Leiden sanft entschlafen ist. 611M

Die Beerdigung findet am 7. Januar 1894, Nachmittags um 2 Uhr auf dem Neuen Jakob-Kirchhof zu Briß statt.

Allen Freunden, Kollegen und Bekannten die traurige Nachricht, daß am 2. Januar, Abends 11 1/2 Uhr, unser lieber Bruder, Schwager und Onkel, der Schrift-seher

Hermann Juritz nach kurzen schwerem Leiden sanft entschlafen ist.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 7. Januar, Nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Georgen-Kirchhofs, Land-sberger Allee aus, statt. 1119b

Die Hinterbliebenen.

Verein zur Wahrung d. Interessen d. Gast- u. Schankwirths Berlins und Umgegend.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Frau des Kollegen Kuhlmen, Schönhäuser Allee 28, am 2. d. Mts. verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 5. d. Mts., Nachmittags 1 1/2 Uhr, vom Trauerhause aus nach dem Begräbnisplatz der Sionsgemeinde in Weissensee statt. 154/6

Um recht zahlreiche Theilnehmung seitens der Mitglieder bittet

Der Vorstand.

J. A. W. Lorenz.

Kranken- und Sterbe-Unterstützungskasse d. Berliner Hausdiener.

Am Dienstag früh 5 1/2 Uhr verstarb nach kurzem Krankenlager unser lang-jähriges Mitglied, der Hausdiener

Wilhelm Senz.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 5. Januar, Nachm. 1/3 Uhr, vom Trauerhause Meherstr. 25 aus statt. 1115b

Der Vorstand.

Passage-Panopticum.

50 Pf. inkl. Theater.

Castan's Panopticum.

Weihnachts-Ausstellung „Es war einmal!“ Ein Märchen-Cyclus.

Pränscher's Museum.

Tausende von anatomischen Präparaten. Schaukanal durch fünf Körper.

Gladiatoren-Kampf.

Wunder d. Ceroplastik u. Mechanik. Täglich von 9 früh bis 10 Abends für erwachsene Herren.

Dienstag und Freitag: Damentag.

Circus Renz, (Karlstraße.)

Freitag, den 5. Januar cr., Abends 7 1/4 Uhr:

Ein Künstlerfest.

Vollständig neue und glänzende Ausstattung. Neue Einlagen. Ueberraschende Wasser- und Lichteffekte.

Außerdem: Auftreten sämtlicher Klowns, u. a. der urkom. Imitator-Klown Mr. Ybbs; Gebr. Krasnicki, Mr. Lavater Lee; Cavallerie zu Fuß; die grossen Tremplinsprünge mit Brillant-Feuerwerk; ferner des Feuerpferd Agat, vorgeführt von Herrn R. Renz; Colmar und der Steiger Alop, ger. von Fr. Oceana Renz etc.

Preise der Plätze wie gewöhnlich. Sonnabend: Ein Künstlerfest. Sonntag 2 Vorstellungen, Nachm. 4 Uhr (1 Kind frei): gr. Komiker-vorstellung; Abends 7 1/2 Uhr: Ein Künstlerfest.

Fr. Renz, Direktor.

Typographia

Gesangverein Berliner Buchdrucker und Schriftglessler.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß von heute ab die

Uebungsstunden im unteren Saale des Restaurant Goltz, Alte Jakobstr. 75, stattfinden. Der Vorstand. 447/9

Fachver. der Musikinstrumenten-Arbeiter.

Wanderversammlung für den Norden am Sonnabend, den 6. Januar 1894, Abends 8 1/2 Uhr, in Keller's Lokal, Bergstr. 68.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag über Gewerkschafts-Organisation. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. Um zahlreichen Besuch ersucht höchst

Der Vorstand. 474/3

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Zahlstelle I Berlin (Putzer). Sonntag, den 7. Januar 1894, Vormittags 11 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Lokale des Herrn Gründer, Köpnickstrasse 100.

Tages-Ordnung: 1. Neujahrsgruß, gesungen vom Gesangverein Gemüthlichkeit! 2. Wahl des Delegierten zu dem am 5. März stattfindenden Verbandstag der Maurer Deutschlands. 3. Abrechnung vom IV. Quartal 1893. 249/9

Kranken-Unterstützungs- und Begräbnis-Verein der Bau- und gewerblichen Hilfsarbeiter Berlins.

Am Sonntag, den 7. Januar 1894, Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Sager, Grüner Weg 29:

Außerordentliche Generalversammlung.

Tages-Ordnung: 1. Kassenbericht. 2. Vorstandswahl. 3. Vorlage der Statuten. 4. Vereins-Angelegenheiten und Verschiedenes. Der hochwichtigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes, zu erscheinen. Die Versammlung beginnt pünktlich um 11 Uhr. 129/17

Der Vorstand.

Tischler-Verein.

Sonnabend, den 6. Januar, Abends 9 Uhr, Melchiorstr. 15: General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Kassenbericht vom 4. Vierteljahr 1893. Jahresbericht für das Jahr 1893. Wahl von 3 Ausschussmitgliedern. Bewilligung etwaiger Gehälter. Bericht der Bibliothek. Wahl eines Bibliothekars. Inzerptionsfrage. Bericht vom Weihnachtsergebnissen. 833/7

Der Vorstand.

Achtung! Verein der Bauanschläger Achtung!

Berlins und Umgegend. Am 7. Januar 1894, Vorm. 10 1/2 Uhr, bei Brochnow, Sebastianstraße 39: General-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Kassenbericht. 2. Besprechung über den Fall des Kollegen Lannhäuser betreffs Kranken-Unterstützung. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Wahl des gesamten Vorstandes und der Kontrolleure. 5. Verschiedenes und Fragelasten. Die unentgeltliche Arbeitsvermittlung des Vereins befindet sich Sebastianstraße 50 im Restaurant des Herrn G. Opah, und zwar außer Sonnabends, an den Wochentagen von 7-9 Uhr Abends, Sonntags von 10-12 Uhr Vorm. Jeden Sonntag nach dem Ersten jeden Monats finden die regelmäßigen Versammlungen des Vereins bei Brochnow, Sebastianstr. 39, statt und kann daselbst je d e r Anschläger, der das 21. Lebensjahr erreicht hat, Mitglied werden. Das Stiftungsfest des Vereins findet am 20. Januar 1894 bei Brochnow, Sebastianstr. 39, statt. Billets sind daselbst, sowie bei Herrn G. Opah, Sebastianstr. 50, und bei dem Vergnügungs-Komitee G. Bergau, W. Müller und W. Kunz zu haben. (Siehe Soziales.) 182/11

Der Vorstand.

Große öffentliche Versammlung

sämtlicher Arbeiter und Arbeiterinnen der Deutschen Gasglühlicht-Aktiengesellschaft Sonntag, Vormittags 10 Uhr, in den Armin-Hallen, Kommandantenstraße Nr. 20.

Tages-Ordnung: 1. Kapitaleinkommen und Arbeitslöhne in der Deutschen Gasglühlicht-Aktiengesellschaft. Referent: Otto Näther. 2. Diskussion. 1116b

Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Deutschen Gasglühlicht-Aktiengesellschaft werden ersucht, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Ebenso werden die beteiligten Branchen, wie Klempner, Rohrleger, Schlosser etc., um zahlreiches Erscheinen ersucht. Die Direktion sowie das ganze Komptoirpersonal ist freumblichst hierzu eingeladen.

Der Einberufer.

General-Versammlung der Einseher (Tischler) Berlins u. Umg.

am Sonntag, den 7. Januar, Vorm. 10 1/2 Uhr, Neue Friedrichstrasse 44.

Tages-Ordnung: 1. Kassen- und Revisionsbericht. 2. Wahl der Arbeitsvermittlungs-Kommission. 3. Verschiedenes. 4. Fragelasten. Der Vorstand.

Alcazar.

Dresdenerstr. 52/53 (City-Passage.) Sensations-Erfolg.

Gottlieb im Harem!

Parodistischer Scherz von Max Larsen.

Neu! Neu! Henry Tailory.

Mr. Bollini, Evelino u. s. w. u. s. w. Anfang Wochentags 7 1/2 Uhr. Entree 15 Pf.

R. Winkler.

Schmückwein.

Allen Arbeitern wünsche zum Jahreswechsel ein gesundes und frohliches neues Jahr. 1112b

Carl Kurras, Gastwirth zur Palme.

Ein junger Mann möchte einem gemüthlichen Kegelflub, am liebsten im Säbwesten oder Säbosten der Stadt, beitreten. Anstünfte erbeten unter O. S. 100 an die Exp. d. Bl. 1114b

Der heutigen Nummer unseres Blattes liegt die gefrte Gewinnliste der pruss. Lotterien bei.

Chronik der wichtigsten politischen und Partei-Ereignisse im Jahre 1893.

- September
1. Homerule-Bill vom englischen Unterhause in dritter Lesung angenommen.
 2. Errichtung von Arbeitsbörsen in Portugal.
 3. Kongreß der Sozialisten der Romagna in Imola (Italien).
 4. Neue Forderungen Frankreichs an Siam.
 5. Kongreß der Trades-Unions in Belfast.
 6. Neue Steuerkonferenz im Reichsschatzamt.
 7. Sozialdemokratischer Sieg bei den Stadtverordnetenwahlen in Mannheim.
 8. Kongreß der italienischen Sozialdemokratie in Reggio.
 9. Der Straßburger Polizeipräsident Beichter zur Disposition gestellt. Das englische Oberhaus verwirft in zweiter Lesung die Homerule-Bill. Der Tod Emin Pascha's bestätigt.
 10. Konferenz der polnischen Sozialdemokraten in Berlin. Sozialdemokratischer Parteitag für das Herzogthum Gotha.
 11. Große jungescheische Demonstration in Prag. Charles Lefevre in Freiheit gesetzt.
 12. Verhängung des Ausnahmezustandes über Prag und Umgebung. Die neue belgische Verfassung wird veröffentlicht. Beschließung Rio de Janeiro's durch die Insurgenten. Der „Vorwärts“ veröffentlicht die Liste „Unterm neuen Kurs“ für Juli und August. Straßsumme: 3 Jahre 6 Monate 2 Tage Gefängniß und 8570 M. Benoit Malen †.
 13. Aichonnet, schweizerischer Bundesrath †. Der österreichisch-schweizerische Vertrag über die Rheinregulierung wird beschlossen. Sozialdemokratischer Sieg bei den Stadtverordnetenwahlen in Mainz.
 14. Große Wahlrechtsversammlungen in Wien. Bergarbeiterstreik in Nordfrankreich.
 15. Bergarbeiterstreik in Belgien und im Departement Pas de Calais zwecks Unterstützung der streikenden englischen Kollegen. Große jungescheische Demonstration in Prag trotz des Ausnahmezustandes.
 16. Sozialdemokratischer Sieg bei den Spandauer Stadtverordnetenwahlen.
 17. Genosse Bloch wegen Caprivi-Befeidigung in Untersuchungshaft gezogen.
 18. Die Schatten-Enquete über die industrielle Sonntagsruhe in Berlin.
 19. Festkommers der Berliner Genossen zu Ehren Friedrich Engels. Entdeckung einer Bombenwerkstatt in Wien. Der italienische Justizminister demissionirt.
 20. Landeskonferenz der sozialdemokratischen Partei Elsaß-Lothringens. Parteikonferenz für den 17. hannoverschen Wahlkreis.
 21. Parteikonferenz für die Wahlkreise Zülpich-Budenwalde-Haund-Weisig. Parteikonferenz für den Wahlkreis Calbe-Aschersleben. Kongreß der deutschen Volkspartei. Internationaler Friedenskongreß zu Genf. Dynamitattentat gegen den spanischen Marschall Martinez Campos. Reichstagswahlen in Schweden. William Culwid, einer der eifrigsten Vorläufer des Sozialismus in England †.
 22. Geset. über die Unfallversicherung und Fabrikinspektion vom ungarischen Abgeordnetenhaus in zweiter Lesung angenommen.
 23. Eröffnung des bayerischen Landtags. Das ganze Gewerbegebiet in Böhmen aus Sozialdemokraten zusammengesetzt.
 24. Abhaltung von 16 Volksversammlungen in Hamburg, betreffend die Verfassungsreform.
- Oktober
1. Parteitag des 16. sächsischen Wahlkreises. Parteikonferenz des 3. weimarerischen Wahlkreises. Der „Vorwärts“, das erste sozialdemokratische Tagesblatt der Schweiz, beginnt zu erscheinen.
 2. Eröffnung der Verhandlungen über den deutsch-russischen Handelsvertrag. Friedensschluß zwischen Frankreich und Siam. Beginn der spanisch-marokkanischen Verhandlungen.
 3. Sozialdemokratischer Sieg bei der Gemeinde-Auswahlwahl in Demelingen.
 4. Wahl der Berliner Delegirten zum Kölner Parteitag. Neue Erfolge unserer Partei bei den hessischen Landtagswahlen. Fallas, Attentäter auf den spanischen Marschall Martinez Campos, erschossen.
 5. Interpellation und Debatte, betr. Soldatenmißhandlungen im bayerischen Abgeordnetenhaus. Die Einführung der Todesstrafe von der schweizerischen Strafrechtskommission abgelehnt.
 6. Jahreskongreß der französischen Sozialisten.
 7. Konferenz der österreichischen Sozialdemokratie zu Wien.
 8. Beginn der Pariser Münzkonferenz.
 9. Oesterreichischer Ministerpräsident Graf Taaffe bringt im Parlament eine Vorlage, betr. das allgemeine Wahlrecht, ein auf der Grundlage des Bildungszensus und unter Beibehaltung der Kurien des Großgrundbesitzes und der Handelskammern. Große Aufregung in Wien; Bestürzung der Bourgeoisparteien. Englische Grubenarbeiter-Streit siegreich für die Arbeiter beendet. Eine holländische Ausgabe des „Kapital“ beginnt zu erscheinen.
 10. Der „Vorwärts“ veröffentlicht die Anträge zum Kölner Parteitag.
 11. Der „Vorwärts“ veröffentlicht die Strafliste „Unterm neuen Kurs“ für September. Summe: 5 Jahre 9 Monate 25 Tage; 1233 M. Der bayerische Landtag lehnt den sozialdemokratischen Wahlrechtsantrag ab. Landtagswahlen in Schwarzburg-Rudolstadt; starke Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen.
 12. Das russische Geschwader trifft in Toulon ein.
 13. Sozialdemokratischer Parteitag für Braunschweig in dem 13. hannoverschen Wahlkreis. Sozialdemokratische Konferenz für den Wahlkreis Duisburg-Mühlheim.
 14. Exzesse des französischen Militärs gegen Streikende in Lens.

15. Konferenz der westböhmer Sozialdemokraten zu Pilsen. Mac Mahon †.
16. Der „Vorwärts“ veröffentlicht den Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag zu Köln. Große Erfolge bei den sächsischen Landtagswahlen. 5 Sozialdemokraten gewählt. Kriegsminister Rattenborn - Stachau durch Bronsart von Schellendorf ersetzt.
17. Erfolge bei den badischen Landtagswahlen. Neue militärische und polizeiliche Exzesse gegen Arbeiter in französischen Streitgebieten.
18. Der „Vorwärts“ veröffentlicht den Bericht über die parlamentarische Thätigkeit der Reichstags-Fraktion. Gradnauer von der Militärbehörde verhaftet.
19. Eröffnung des sozialdemokratischen Parteitages zu Köln. Große Demonstration für das allgemeine Wahlrecht in London, veranstaltet von der sozialdemokratischen Föderation!
20. Beginn des Spielerprozesses zu Hannover. Beginn der Finanzminister-Konferenz zu Berlin.
21. Graf Taaffe's Wahlreform wird durch die Stellungnahme der drei größten österreichischen Parteien abgelehnt; die Krisis beginnt.
22. Ende der Russenfesten in Paris.
23. Landtagswahlen in Baden. Vörrach gewonnen, Mannheim trotz Majorität verloren. Der nordamerikanische Senat hebt die Sherman Bill auf. Das Kabinett Taaffe demissionirt wegen der Unmöglichkeit die Wahlrechtsvorlage im Parlamente durchzubringen. Bürgermeister Harrison von Chicago von einem Irrenhütern ermordet. Bebel verliest den kommunistischen Brief Riquel's auf dem Kölner Parteitag. Schluß des Kölner Parteitages.
24. Schweizerische Nationalratswahlen. Großer Stimmenzuwachs in Freiburg und Basel.
25. Schluß der von 20 Millionen besuchten Chicagoer Weltausstellung.

Zur Frage eines städtischen Arbeitsnachweises in Berlin.

„Referat, betreffend die Errichtung eines städtischen Arbeitsnachweises“, nennt sich eine von Herrn Dr. Freund herausgegebene Druckschrift im Umfang von 18 Folioseiten, die nach der Vorbemerkung des Verfassers für die Berathung über den Antrag auf Errichtung eines städtischen Arbeitsnachweises eine Unterlage bilden soll.

Auf den Inhalt der Schrift kurz eingehend, bemerken wir im voraus, daß uns das Urtheil über die Ansichten, die der Verfasser in der vorliegenden Frage hegt, nicht allzu schwer geworden ist. Es läßt sich in die wenigen Worte zusammenfassen: Geprägt, gewogen und zu leicht befunden.

Nichts sei ferner von uns, als dem in Arbeiterkreisen in gutem Aufstehen stehenden Verfasser irgendwelche bössliche Absichten unterzuschreiben; von der Lauterkeit seiner Anschauungen sind wir fest überzeugt. Dieselben kränken aber an einem allerdings sehr schlimmen Fehler, an dem der Unparteilichkeit. Der Verfasser stellt sich auf den Standpunkt, daß bei einem generellen Arbeitsnachweise die gemeinschaftliche Leitung und die Beseitigung des Dualismus, welche die Gegensätze zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in hohem Grade geschärft, angeht werden muß. Dies Ziel werde vielleicht durch einen einheitlich organisierten Arbeitsnachweis erreicht werden können. Ein solcher Arbeitsnachweis kann nach Ansicht des Verfassers weder von Unternehmern noch von Arbeitern geführt werden; aber auch ein städtischer Arbeitsnachweis erscheint ihm nicht thunlich, der Verantwortlichkeit wegen, die die Stadtgemeinde damit auf sich lade. Als warnendes Beispiel, und das charakterisiert die Anschauungen des Verfassers am besten, führt er Paris an, das mit großen Kosten einen Arbeitsnachweis eingerichtet habe, durch den sein eigentlicher Zweck nicht gefördert sei, und der vielmehr, völlig in Händen der organisierten Arbeiter befindlich, den Gegensatz zwischen Arbeitern und Unternehmern womöglich noch gefördert habe. Der Verfasser kommt zu dem Resultat, daß nach alledem nichts näher liege, als an die von „unparteilicher“ Seite geleitete, seit 10 Jahren bestehende Organisation des hiesigen Zentralvereins für Arbeitsnachweis anzuknüpfen und dieselbe weiter auszubauen.

Der Zentralverein soll um Gewährung der Korporationsrechte nachsuchen. Die Oberleitung bleibt in den Händen des jetzt bestehenden Gesamtvorstandes, der sich durch Zuwahl einer Anzahl geeigneter Persönlichkeiten aus dem Arbeiterstande auf die Zahl 40 ergänzen wird. An Stelle des jetzt bestehenden Ausschusses sollen besondere Ausschüsse errichtet werden, darunter für die beiden Arbeitsnachweise (für männliche und weibliche Arbeiter) ein aus 23 Personen bestehender Ausschuss, nämlich zehn Arbeitgeber, zehn Arbeitnehmer und drei Unparteiliche. Die letzteren wählt der Gesamtvorstand aus seiner Mitte. Die Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer werden von den Besitzern des Gewerbegerichts aus der Zahl der Berliner Arbeitgeber und Arbeitnehmer für die Dauer der Wahlperiode der Beisitzer gewählt. Die gegenwärtigen Lokale am Alexanderplatz und in der Klosterstraße werden beibehalten. Die Mittel für die Unterhaltung des Arbeitsnachweises und der Barmehallen, welche ebenfalls beibehalten und mit dem Arbeitsnachweis verbunden bleiben sollen, will Dr. Freund aufgebracht wissen 1. durch Beiträge der Mitglieder des Vereins, die bei dem jetzigen Nachweis einen Mindestbeitrag von 4 M. zahlen und, 600 an der Zahl, jetzt im Ganzen 4000 M. aufbringen; 2. durch Einschreibebeträge der Arbeiter, die der Verfasser sich in der jetzigen, seiner Ansicht nach nicht drückenden Höhe von 20 Pf. beizubehalten denkt; 3. durch Zuschüsse der Stadtgemeinde, die im ersten Jahre, in dem event. die Kosten für die Erweiterung der Lokalitäten entstehen, im Höchstbetrage 20 000 M. ausmachen sollen; 4. durch sonstige Zuwendungen, als welche auch die von Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Verbänden in Frage kämen, die durch Aufgeben ihrer jetzigen Arbeitsnachweis-Einrichtung wesentliche Ersparnisse machen würden. Dies ist in kurzen Umrissen das Projekt des Magistratsassessors Herrn Dr. Freund.

Unser Urtheil haben wir oben über dies Projekt abgegeben: Es kränkt an seiner Unparteilichkeit und wird, wenn es unwahrscheinlicher Weise wirklich Fleisch und Blut annehmen und zu einer vorläufigen Bedeutung gelangen sollte, bei dem ersten Sturm, d. h. bei dem ersten ernsthaften Streit zu Grunde gehen. Der Verfasser will den Arbeitsnachweis in der Weise streng unparteilich verwalten wissen, daß bei Streiks an dem Grundfah festgehalten werden müsse, daß der Arbeitsnachweis sich von jeder, auch nur scheinbarer Einwirkung auf Lohnkämpfe und sonstige die Arbeitsbedingungen betreffenden Streitigkeiten zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Schaft fern halten müsse. Der Arbeitsnachweis

müsse, und darin besteht nach Ansicht des Verfassers seine strenge Unparteilichkeit, in solchem Fall ruhig weiter funktionieren und nach wie vor Angebot und Nachfrage entgegennehmen.

Damit ist der Arbeitsnachweis des Herrn Dr. Freund in den Augen der Arbeiter gerichtet. Der erste Streik, in dem das Institut in der gedachten Weise ruhig weiter funktionierte, würde es bei der Arbeiterschaft deartig in Verruf bringen, daß der ganze Verwaltungsapparat sich ruhig begraben lassen könnte. Einen unparteilichen Arbeitsnachweis giebt es vielleicht in den Köpfen einiger vermittelnden Ideologen, aber in der rauhen Wirklichkeit wird sich der Schwerpunkt einer solchen Einrichtung mit Naturnothwendigkeit, trotz alles Sträubens, nach der einen oder anderen Seite hinüberneigen und da gegenwärtig von beiden in Frage kommenden Parteien die Unternehmung in allen Stücken am einflussreichsten sind, so muß, selbst den besten Willen von allen Seiten vorausgesetzt, der unparteiliche Arbeitsnachweis in Wäde ziemlich dieselbe Wirkung ausüben, die die heutigen Unternehmer-Arbeitsnachweise, wie die der Innungen und der verrufenen Nachweise des Verbandes der Metallindustriellen bereits haben. Auf ein paar Milderungen kommt es nicht weiter an. Genug, das Resultat ist, daß zur gegenwärtigen Zeit ein Arbeitsnachweis in der von Herrn Dr. Freund gedachten Gestalt ein todgeborenes Kind ist und daß der Arbeiter erst an einen für ihn segensreich funktionierenden Arbeitsnachweis denken kann, wenn er, kraft einer bedeutend gestärkten Organisation im Stande ist, seine Arbeitskraft zu den Bedingungen, die er für gut hält, an den Unternehmer zu verkaufen. Um einen derartigen Zustand herbeizuführen, dazu bedarf es aber keiner Friedens- und Harmonie-Schälmeien, sondern einer durchgreifenden Rüstung zu gelegenen und erfolgreichen Kämpfen mit dem Hauptfeind, dem organisierten Unternehmertum.

Wir sind der festen Ueberzeugung, daß die Arbeitnehmer-Beisitzer des Gewerbegerichts, denen das „Referat“ zur Berathung vorliegt, unbeeinträchtigt und trotz aller persönlichen Achtung vor dem Verfasser an ihrer alten Forderung in dieser Frage festhalten werden:

Einrichtung eines Arbeitsnachweises nach dem Muster des von gegnerischer Seite vielgeschmähten Pariser Instituts, dessen wesentliche Kosten durch die Stadt gedeckt werden und dessen Verwaltung in den Händen der Verkäufer der Arbeitskraft, der Arbeiter selber ruht. Lieber den jetzigen Zustand, als einen, der die bestehenden Gegensätze wohl verschleiern aber in keiner Weise aufheben würde.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.
Öffentliche Sitzung vom Donnerstag, 4. Januar, Nachmittags 5 Uhr.

In der heutigen ersten Sitzung des neuen Jahres hat den Vorsitzenden der Städte-Ordnung gemäß die Neukonstituierung der Versammlung, sowie die Beschlußfassung über eine Reihe von Formalien zu erfolgen, nach denen die Geschäfte der Versammlung für das Jahr 1894 geführt werden sollen.

Es erfolgt zunächst die Einführung der wieder- bzw. neugewählten Mitglieder. Die Zahl der Einzuzählenden beträgt 45. Darunter befindet sich der neugewählte Stadtv. Oberlehrer Döntig, nunmehr der einzige Repräsentant der antisemitischen Bürgerpartei; ferner gehören dazu von der sozialdemokratischen Partei der wiedergewählte Stadtv. Vogt-herr (III. Abtheilung, 41. Bezirk) und die neugewählten Stadtverordneten Gottfried Schulz (III. 13.), Ludwig Tolksdorf (III. 16.), Friz Wille (III. 23.), Wilhelm Giescholt (III. 24.) und Franz Kleinert (III. 37.).

Unter den Wiedergewählten befindet sich auch der bisherige Vorsteher Dr. Langerhans.

Der Oberbürgermeister Jelle weist in seiner Einführungsrede besonders auf zwei Aufgaben hin, die die städtische Verwaltung im Jahre 1894 zu lösen haben werde, nämlich die Inkomunalisierung der Vororte, wobei auch der bisher zu wenig beachteten Frage der Verstärkung der parlamentarischen Vertretung der Reichshauptstadt näher getreten werden müsse, und die Neugestaltung des kommunal-Steuerwesens. Nachdem er die Neugewählten auf die Städte-Ordnung durch Handschlag verpflichtet, die Wiedergewählten auf ihre frühere Verpflichtung verwiesen hat, richtet der stellvertretende Vorsteher Dr. Meyer II ebenfalls einige Willkommensworte an die Eingeführten, welche dann ihre Plätze einnehmen.

Außerhalb der Tagesordnung erbittet und erhält der Stadtverordnete Reih als Alterspräsident das Wort, um dem scheidenden Vorstande Worte der Anerkennung auszusprechen. Seinem Ersuchen, dies durch Erheben von den Sigen ebenfalls zu bekunden, leistet die Versammlung einmüthig Folge.

Hierauf schreitet die Versammlung zur Neuwahl ihres Vorstandes.

Zum Vorsteher wird Stadtv. Dr. Langerhans mit 85 von 114 abgegebenen gültigen Stimmen wiedergewählt. Daneben entfallen auf Singer 15, zerplittert sind 14, unbeschrieben 4. Dr. Langerhans nimmt die Wahl dankend an.

Bei der Wahl der Stellvertreter des Vorstehers werden 118 Stimmzettel abgegeben. 2 Zettel sind unbeschrieben. Von den 116 gültigen erhält Stadtv. Michelet 61, Sella 27, Singer 15, Dr. Meyer II 11, Horwich 1, Dünje 1. Stadtv. Michelet, der mit 2 Stimmen über die absolute Majorität gewählt ist, erklärt die Annahme der Wahl.

Die bisherigen Beisitzer waren die Stadtverordneten Geride, Seibert und Siebmann; ihre Stellvertreter Bulle, Friederich und Franke. Der Vorschlag des Stadtv. Spinoza, die Herren Geride und Seibert wieder und für den aus der Versammlung geschiedenen Stadtv. Siebmann Herrn Bulle zu wählen, findet Widerspruch durch den Stadtv. Vortmann, die Wahl muß sonach durch Stimmzettel erfolgen. Gewählt werden Seibert, Geride und Bulle mit 69, 67 und 63 von 109 gültigen Stimmen; Stadtv. Hellriegel bleibt mit 46 Stimmen in der Minderheit.

Die Wahl der drei Beisitzer-Stellvertreter erfolgt ebenfalls in einem Wahlgang. Abgegeben werden 108 Stimmzettel, davon sind 11 unbeschrieben. Von den 97 gültigen Zetteln lauten 71 auf Friederich, 70 auf Hanke, 44 auf Lörmner 24 auf Meyer II, 22 auf Wagner, ca. 25 weitere Stimmen sind zerplittert.

Gewählt sind mit absoluter Mehrheit Friederich und Hanke, welche die Wahl annehmen. Vor dem Eintritt in die Stichwahl zwischen Lörmner und Dr. Meyer II erklärt der Letztere, nicht in der Lage zu sein, eine eventuelle Wahl anzunehmen zu können, und beantragt gleichzeitig, Herrn Lörmner durch Affirmation zu wählen.

Vorsteher Dr. Langerhans hält diesen Antrag nach der Geschäftsordnung für zulässig, während Stadtv. Singer eine derartige Auslegung der Geschäftsordnung für unrichtig erklärt, da unmöglich jemand über eine Wahl, die noch nicht erfolgt ist, eine Erklärung abgeben könne.

Stadt. Horwich meint, es sei gar nicht nötig, die Sache mit solcher Subtilität zu behandeln, da doch alle Mitglieder einig darin seien, daß über allen Bestimmungen der Geschäftsordnung die souveräne Beschlussfassung der Versammlung stehe. (Bedauerlicher Widerspruch und Unruhe.) Man könne ja gewiß beschließen, die Affirmationswahl abzulehnen, aber eine Beschlussfassung überhaupt stehe über diesem zweifelhaften Fall der Versammlung unbedingt zu.

Stadt. W o h l g e m u t h protestirt mit aller Entschiedenheit gegen die Auffassung des Vorredners. Die Geschäftsordnung sei, ganz abgesehen davon, daß der Oberpräsident sie zu bestätigen habe, ein Schild für die Minorität; wenn der Grundsat, den Herr Horwich proklamirt, weiter befolgt werde, könne die Minorität der Versammlung überhaupt nicht gestiftet werden. Die Geschäftsordnung verbiete einen Verzicht vor vollzogener Wahl.

Stadt. S i n g e r schließt sich diesem Proteste an. In keiner parlamentarisch verhandelnden Körperschaft sei es zulässig, über die Annahme einer Wahl entscheiden zu lassen, ehe die Wahl erfolgt ist. Dagegen, daß die Versammlung in einem Moment, wo ihr irgend eine Bestimmung der Geschäftsordnung zuwider ist, über dieselbe einfach hinweggehe, müsse er sich im Interesse der Würde der Versammlung verwahren.

Stadt. H o r w i c h macht unter wiederholter Unruhe und Widerspruch der Versammlung geltend, daß er nur gesagt habe, die Versammlung sei zweifelhaften Bestimmungen der Geschäftsordnung gegenüber mit ihrer Beschlussfassung souverän.

Nachdem noch Stadt. R e u m a n n für diese Auffassung des Stadt. Horwich, Stadt. L a d e w i g für die des Stadt. Wohlgemuth eingetreten ist, entscheidet die Mehrheit der Versammlung dahin, daß die engere Wahl vorzunehmen sei.

In derselben wird Stadt. D r e m e r mit 87 gegen 8 Stimmen gewählt, welche auf Meyer II entfallen. 88 Stimmzettel sind unbeschrieben, 1 ungültig.

Damit ist die Versammlung konstituit.

Das Andenken des am Sylvesterabend verstorbenen Stadt. G e r t h, der 24 Jahre Mitglied der Versammlung war, wird in der üblichen Weise geehrt.

Die letzten Stadtrathswahlen der Versammlung habe die Befähigung der Regierung gefunden. Die Einführung des neu gewählten Stadtraths Ramsau wird in der nächsten Sitzung stattfinden.

Stadt. Stadthagen hat schriftlich angezeigt, daß er aus zwingenden Gründen event. bis zum 22. Mai d. J. an der Theilnahme an den Sitzungen verhindert ist.

Die ordentlichen Sitzungen sollen auch im Kalenderjahre 1894 am D o n n e r s t a g von 5 Uhr ab gehalten werden.

Die Wahlen der bestehenden ständigen Ausschüsse, der Mitglieder der Verwaltungs-Deputationen und Kuratoren, sowie die Zuteilung der Stadtbezirke an die rechtsprechenden Stadtverordneten werden einer besonderen Kommission von 15 Mitgliedern zur Vorberatung überlassen.

In Betreff der Neuwahl derjenigen Ausschüsse, welche im Jahre 1893 zur Vorbereitung einzelner Gegenstände ernannt, den ihnen erteilten Auftrag noch nicht erledigt haben, wird auf Antrag S i n g e r beschlossen, die ad hoc gewählten Ausschüsse, welche mit ihren Arbeiten demnächst fertig sein werden, bestehen zu lassen, die Vorberatung der Wahl der Mitglieder in die gemischten Verwaltungs-Deputationen dagegen dem eben beschlossenen Ausschuss mit zu überweisen.

Die Wahl des Stadt. S u t t e r, Fabrikanten und Bezirksvorstehers, der im 31. Bezirk III. Abteilung den Antisemiten Prezel verdrängt hat (es fielen von 2292 Stimmen 1208 auf Sutter, 875 auf Prezel, 209 auf den sozialdemokratischen Kandidaten Georg Wagner) ist durch zwei Proteste a n g e f o c h t e n.

Der Protest des Korrespondenten Wehstein rügt, daß einige Häuser, welche 1883 und 1887 dem Wahlbezirk zugehört waren, bei den diesmaligen Wahlen dem Bezirk nicht angehört haben, und behauptet ferner eine Wahlbeeinflussung dadurch, daß der jetzt gewählte Kandidat in einem Teilbezirk des Wahlbezirks Wahlvorsteher gewesen sei. Der Protest des Kaufmanns Rhode sieht eine Wahlbeeinflussung darin, daß in dem Wahllokale Gipsstraße 3a der Wahlvorsteher dem Wähler Bankier Labischin und anderen, als sie an den Wahlstisch herantraten, die Frage vorgelegt habe: „Und Sie wählen Herrn Sutter?“, worauf die Antwort „Ja“ erfolgt sei. — Der Wahlprüfungs-Ausschuss hat die Wahl mit 7 gegen 2 Stimmen für gültig erklärt und stellt entsprechenden Antrag an das Plenum. Der Protestgrund wegen fehlerhafter Abgrenzung ist überholt, da gerade wegen der anderweitigen Abgrenzung von 1887 die damalige Wahl vom Oberverwaltungsgericht für ungültig erklärt worden war. Ueber die anderen Protestbehauptungen ist lebhaft diskutiert worden, doch hat die Mehrheit des Ausschusses Material für eine Beanstandung der Wahl darin nicht zu finden vermocht; sie beschränkt sich vielmehr darauf, der Versammlung folgende Resolution vorzuschlagen:

Die Versammlung ersucht den Magistrat, thunlichst Fürsorge zu treffen, daß ein Stadtverordneter-Kandidat nicht gleichzeitig als Wahlvorsteher oder Stellvertreter desselben in dem Wahlbezirk, in welchem er kandidirt, bestellt wird.

Eine weitere Resolution geht dahin, den Magistrat zu ersuchen, bei Ueberlegung der Wahlen gleichzeitig mitzutheilen, ob erforderlichen Falls die Eigenschaft als Hauseigentümer bei den gewählten Kandidaten festgestellt ist oder nicht.

Stadt. S i n g e r: Der Punkt des Protestes, der die Abgrenzung betrifft, ist durch die amtliche Auskunft, die wir erhalten haben, erledigt. In bezug auf den übrigen Theil des Referats kann ich der Meinung der Kommission nicht beipflichten. Die Aufassung, von welcher aus der Ausschuss und die Versammlung an die Prüfung von Wahlen gehen müssen, soll mehr die eines Geschworenengerichts als einer lediglich kalkulatorischen Behörde sein. Der Ausschuss muß bei dieser Prüfung getragen sein von dem Wunsche, festzustellen, ob unter allen Umständen der freie unbeeinflusste Ausdruck des Willens der Wählerschaft erfolgt ist. Von diesem Standpunkte lege ich den beiden Einsprüchen eine viel höhere Bedeutung bei, als der Ausschuss in seiner Mehrheit gethan hat. Die vorgeschlagene Resolution spricht ja auch dafür, daß an sich der Ausschuss außerordentliche Bedenken gegen eine Kumulirung hat, wie sie bei der in Rede stehenden Wahl vorgekommen ist. Wenn die Bedenken im allgemeinen gerechtfertigt sind, dann müssen sie doch auch im vorliegenden Falle zur Geltung kommen.

Nicht etwa, daß Bezirksvorsteher überhaupt nicht zu Stadtverordneten gewählt werden sollen; es liegt aber eine ungebührliche Beeinflussung vor, daß der Kandidat des Bezirks Bezirksvorsteher und Wahlvorsteher in demselben Bezirk ist. Wenn man demgegenüber den Muth der Ueberzeugungstreue ins Gesicht führt, so ist das eine schöne ornamentale Nebensart, nichts weiter. Wenn ein Mann in der amtlichen Stellung eines Bezirksvorstehers zum Beispiel über Konzeptionsgesuche ein Gutachten abzugeben hat, so muß der die Konzeption nachsuchende wirklich ein Maß von Ueberzeugungstreue besitzen, wie es zur Zeit noch nicht vorhanden ist, wenn er demselben Bezirksvorsteher als Wahlkandidat seine Stimme nicht geben würde. Uebrigens ist es doch auffallend, daß dieselben Herren, welche für die geheime Wahl sonst überall eintreten, hier dem Muth der Ueberzeugungstreue bei öffentlicher Wahl ein Loblied singen. Der Gewählte hat nur 61 Stimmen über die absolute Mehrheit erhalten. Der Vorschlag der Resolution allein schon muß uns zur genaueren Prüfung veranlassen, ob der abzustellende Umstand von Einfluß auf das Wahlergebnis gewesen ist. Ich beantrage die Zurückweisung der Wahlen an den Ausschuss aus diesem Grunde, zugleich aber auch wegen der Behauptung des zweiten Protestes, wonach der Wahlvorsteher direkt an die Wähler die Frage gerichtet hat: „Und Sie wählen Herrn Sutter?“ Der Ausschuss war der Meinung, daß diese Frage einen Theil einer Unterhaltung zwischen dem Wahlvorsteher und dem Wähler gewesen

ist. Ob diese Meinung richtig ist, ist doch nicht erwiesen, um so weniger, als behauptet wird, daß diese Frage mehrfach an die Wähler gerichtet ist, und dem Protestirer System in der Sache gelegen zu haben scheint. Bei dem Autoritätsdünkel, von dem das deutsche Volk noch vielfach ergriffen ist, heißt es das freie Wahlrecht illusorisch machen, wenn man so direkt dem Wähler den Namen des zu Wählenden in den Mund legt. Gewiß kann der Wähler sagen: Nein, ich wähle Herrn Sutter nicht; aber faktisch wird durch solche Fragen die Wahlfreiheit beeinträchtigt. In dem ersten Falle kommen 89, in dem zweiten 88 Stimmen solcher Wähler in Betracht, welche in dem Bezirke des Herrn Bezirksvorstehers Sutter wohnen; diese 147 Stimmen abgerechnet, würde Herr Sutter die absolute Mehrheit nicht mehr behalten. Die Versammlung hat die Pflicht, über die Legitimation ihrer Mitglieder zu wachen; sie sollte also zunächst ermitteln, ob diese Protestbehauptung auf Wahrheit beruhe. Nach meiner Meinung reicht es hin, wenn in dem Protest eine Person bestimmt bezeichnet wird, welche befunden soll, daß die betreffende Frage mehrfach an Wähler gerichtet worden ist. Es läßt sich in dem Ausschuss eine Menge Juristen und daß ist vielleicht das Unglück des Ausschusses; der Charakter der Wahlprüfung wird entschieden besser durch Laienrichter, als durch studirte Richter gewahrt. Ich wünsche also zunächst nur Erhebungen über die Wahrheit der Protestbehauptungen. Ich will Klarheit darüber, ob der Fall so liegt, wie er hingestellt wird. Im Interesse der Versammlung thun wir gut, auch den Schein von und abzuwehren, als ob wir die volle Klarheit etwa zu scheuen hätten.

Stadt. M e y e r II: Der Standpunkt des Schwurgerichts, den Herr Singer dem Ausschuss vindicirt, mag gerechtfertigt sein im Reichstage oder Landtage, wo die Versammlung souverän entscheidet. Wir entscheiden nur als Rath, unsere Entscheidungen unterliegen einer doppelten Nachprüfung. Bisher ging man von der Auffassung aus, daß, wer eine Wahlbeeinflussung behauptet, sie zu beweisen hat; Herr Singer will die Sache umkehren und verlangt den Nachweis, daß die Wahl unbeeinflusst vor sich gegangen ist. Im Ausschuss haben auch die Juristen sich auf den Standpunkt gestellt, daß der gesunde Menschenverstand, selbst in kleinen Rationen zugemessen, völlig ausreicht, um die Frage abzurufen; daß der Kandidat Wahlvorsteher gewesen, widerstreitet dem Gesetze nicht, der Begriff Kandidat ist bei uns gesetzlich gar nicht zu fixiren. Der Hinweis auf die Resolution ist nicht haltbar; wir haben nur den Wunsch, dieses Zusammenreffen zu vermeiden, soweit es eben vermieden werden kann. Die Resolution ist hauptsächlich durch die persönliche Liebenswürdigkeit des Herrn Singer zu stande gekommen, dem der Ausschuss wenigstens etwas entgegenkommen wollte. Wenn jemand schon durch einen Bezirksvorsteher bei der Wahl in Angst versetzt werden kann, wo soll dann überhaupt die freie Wahl bleiben? Der Bezirksvorsteher ist bei uns eine sehr bescheidene Person mit bescheidenem Einfluß, er ist Beamter der Bürgerwehr aus freier Wahl der Kommunalbehörden, ohne polizeiliche, richterliche oder sonstige Gewalt, die Bezirksvorsteher dienen unter großen persönlichen Opfern der Bürgerwehr und werden häufig den ganzen Tag zu dem mühseligen Geschäft eines Wahlvorstehers herangezogen. Eine Beeinflussung durch den Fragefall: Und Sie wählen Herrn Sutter? ist nicht anzuerkennen. Der Satz steht mit einer vorgängigen Unterhaltung in Zusammenhang; man fängt doch Sätze nicht mit „und“ an. Herr Singer macht einen Unterschied zwischen subjektiver und objektiver Wahlbeeinflussung; wie wird es uns gehen, wenn seine Partei mit solchen Auffassungen in die Staatsanwaltschaft einzudringen vermag? Dieser Unterschied ist ebenso unberechtigt, als wenn man von einer gewissen Partei sagen wollte, schon ihr Verhalten sei objektiver Ausbruch.

Stadt. H e n t i g bedauert, daß eine so wichtige Sache, wie die Prüfung einer Wahl, die so allgemeines Aufsehen gemacht, hier zum Gegenstand leichter Scherze gemacht werde, daß man sage, es gehöre zur Ueberwindung der Proteste nur eine so geringe Dosis Menschenverstand, daß sich darüber zu reden gar nicht verlöhne. (Unterbrechung. Vorsteher L a n g e r h a n s ersucht den Redner, den Kollegen nicht Dinge unterzulegen, die sie nicht gesagt haben.) Redner behauptet weiter, daß auch sonst bei den Wahlen die Wahlvorsteher derjenigen, welche einen Liberalen wählen, danken oder gnädig zusehen. (Stürmische Unruhe und Unterbrechung; Vorsteher L a n g e r h a n s nimmt die Wahlvorsteher gegen diese Angriffe des Redners in Schutz.) Daß der Bezirksvorsteher keine Macht haben solle, sei eine ganz aus der Luft gegriffene Behauptung. Auf Grund von ihm selbst angestellter Recherchen behauptet Redner, daß bestimmte Häuser der Artillerie, Dräubenburger- und Eimienstraße 1893 nicht dem Bezirke zugetheilt gewesen seien, die ihm 1888 angehört. (Zuruf: Sind ja niedriger gewesen worden! Gehtert.)

Stadt. H o r w i c h: Der Wunsch des Kollegen Singer würde zur Konstituierung eines förmlichen Inquisitionstribunals führen. Der gesunde Menschenverstand sei auch nicht ein Privileg derjenigen, welche von der Rechtswissenschaft nichts verstehen.

Stadt. M e y e r I: Der Ton, den heute einer der Vorredner angeschlagen hat, ist seit Jahren aus dieser Versammlung verschunden gewesen; um so bedauerlicher sind diese Angriffe auf die von der Stadt ernannten Wahlvorsteher, die zugleich Kandidaten waren. Das ist sehr oft vorgekommen. (Zuruf: Um so schlimmer!) und verflucht gegen keine gesetzliche Bestimmung. Worüber soll denn Beweis erhoben werden? Daß der Bankier Labischin beeinflusst worden sei, wird wirklich auch Herr Singer kaum annehmen. Andere Thatsachen sind uns aber nicht vorgeführt.

Stadt. H e n t i g bemerkt gegen den Stadt. Hentig, daß der Vorsteher des Wahlbureau positiv amtlich versichert habe, daß der Wahlbezirk ganz derselbe sei, wie 1883. Die Differenzen mögen sich aus Abdruck oder Ummummerierung der Häuser erklären.

Stadt. L i e b e n o w theilt mit, daß die vom Stadt. Hentig vermißten Häuser der Eimienstraße existirt haben, da sie der heutige Koppelpfad seien. (Gehtert.)

Der Antrag Singer wird abgelehnt, der Ausschussantrag in allen seinen Theilen angenommen.

Die Vorlage betreffend die Auswahl der 1894/95 zu bewirkenden Neu- und Umpflasterungen geht an einen Ausschuss von 15 Mitgliedern.

Die übrigen Beratungsgegenstände werden vertagt. In der nächsten Sitzung soll auf Antrag C a s s e l, dem der Stadt. S i n g e r vergeblich widerspricht, die Vorlage betr. die V e r b r e i t e r u n g der R ö n i g s t r a ß e an erster Stelle zur Verhandlung kommen.

Schluß 10 Uhr.

Lokales.

Die Adressen der Mitglieder der Wahlkommission, die kürzlich bereits bekannt gegeben sind, bringen wir an Wunsch vieler Parteigenossen nachgehend noch einmal zur Veröffentlichung.

Mitglieder der Wahlkommission sind für den 1. Wahlkreis: Linn, Lindenstr. 83, v. 1 Tr. Für den 2. Wahlkreis: Gruschke, Paderstr. 88, Hof 3 Tr.; Knüpfer, Groß-Görschstr. 12. Für den 3. Wahlkreis: Hoch, Mantuffstr. 51a, Hof 1 Tr.; Tschernig, Fährtenstr. 17. Für den 4. Wahlkreis: Tschentlicher, Pörschauerstr. 11a, 4 Tr.; Weyer, Cuoystr. 84. Für den 5. Wahlkreis: Schneider, Büchlingstr. 15. Für den 6. Wahlkreis: Lengner, Reinickendorferstr. 48, v. 3 Tr.; Dornbusch, Gerichstr. 82.

Mit ganzer Macht ist der Winter eingelehrt. Die Kälte, die sich am Neujahrstage meldete, war am Dienstag noch erträglich; in der Nacht vom Mittwoch auf den Donnerstag erreichte sie jedoch die unheimliche Höhe von 13 Grad Celsius. Doppelt unerträglich wird das strenge Winterwetter durch den scharfen, schneidenden Wind, der den Staub auf den Straßen aufwirbelt und den Aufenthalt draußen selbst für den, im glücklichsten Besitze warmer Kleider ist, fast unerträglich macht.

In ganz Central-Europa hat übrigens der Frost unter dem Einfluß nördlicher bis östlicher Winde, die am Nordfuß der Alpen förmlich auftraten, erheblich zugenommen, namentlich im südlichen und südöstlichen Deutschland, sowie im nördlichen Oesterreich, wo es am Mittwoch Morgen bis zu 12 Grad unter war, als vor 24 Stunden. Moskau meldet Minus 33 Grad, Romel 14, München und Breslau 16, Chemnitz 18 Grad unter Null. Die Rhein-Schiffahrt ist wegen Eisganges und niedrigen Wasserstandes gänzlich eingestellt. Die Segelschiffahrt ist eingestellt. In Warschau ist auf der Weichsel das Eis zum Stehen gekommen, die Schiffahrt geschlossen, viele beladene Rähne und Trasten wurden unterwegs vom Eis übertraht und sind eingefroren.

Somit ist zu der Kälte deren unvermeidlicher Begleiter, die Arbeitslosigkeit, noch ansehnlicher als früher schon, hinzugekommen. Wie auf dem Wasser, so ruht die Arbeit auf den Bäumen; gar bald sind die wenigen Pfennige, die der letzte Wochelohn übrig ließ, auch bei denen aufgezehrt, die bislar noch das Glück hatten, in Arbeit zu stehen. Wie die fürchterliche Kälte auf diejenigen wirkt, die schon seit längerer Zeit zu de Ausgehörnen der menschlichen Gesellschaft gehören, das ergiebt in voller Anschaulichkeit ein Bericht, der durch die Abendblätter die Runde machte. Es heißt darin:

Ein ungemein lebhafter Verkehr entwickelte sich Mittwoch, insbesondere aber Donnerstag Morgen in der Straße an der Stadtbahn gegenüber dem königl. Polizeipräsidium am Eingang in die Wärmehalle. Hunderte vor Kälte zitternder und dürstig beliedierter Menschen suchten Zuflucht in den Stadtbahnböden, wo sie hier eine kurze Zeit vor der bitteren Kälte geschützt waren. Obwohl die Verwaltung der Wärmehallen bemittelt ist, so weit als irgend möglich, die Kerne der Armen in den drei vorhandenen zu Wärmehallenweiden benutzten Stadtbahnböden unterzubringen, so ist es doch immer nur ein Bruchtheil der Suchtenden, die berücksichtigt werden können; die zu spät Kommenden, für welche kein Plätzchen mehr in dem beengten Raum frei ist, müssen eine Stunde draußen in der bitteren Kälte warten, ehe es ihnen gelingt, den wärmenden Schutz der Hallen zu gewinnen. Allerdings müssen dafür eine Anzahl der „Gewärmten“ die Halle verlassen und entgegen dem geflügelten Wort: „das Unglück macht egoistisch“, bedarf es nur einer Aufforderung der Beamten, um hinauszugehen und ihren Leidensgenossen Platz zu machen. — Etwa die Hälfte der Besucher der Wärmehallen konnte gestern und heute mit einer warmen Suppe oder Kaffee bedacht werden, leider reichen die Mittel des Vereines, der nur auf Privatmitthätigkeit angewiesen, nicht aus, um allen Besuchern der Wärmehallen diese kleine Wohlthat gewähren zu können. Nur wenige tausend Mark, von dem Magistrat der Stadt Berlin für diesen Zweck speziell zugewert, würden genügen, um jedem Besucher der Wärmehallen einen warmen Trunk zu schaffen!

Ebenso überfüllt waren in der gestrigen Nacht die städtischen und privaten Anstalten, deren Verwaltungen alles thaten, um die andrängenden Massen unterzubringen; in städtischen Anstalten in der Frenzlauer Allee fanden in der gestrigen Nacht allein 500 Personen mehr Aufnahme, als es der Bettenstand zuließ: in den Gängen wurden Nachtlager errichtet, um so die Kerne nicht zurückweisen und sie dem Tode des Erfrierens preisgeben zu müssen.

Und ein solches Elend wird als Kulturzustand bezeichnet! In einem Lande, das jeden seiner Bewohner ausreichend ernähren und beherbergen könnte, wenn in ihm eine den Gesetzen der Vernunft entsprechende Gesellschaftsordnung plägriffe, schwierig einige wenige Bevorzugte in einem Ueberfluß, in einem Wohlleben, das ihnen selbst die fürchterliche Strenge des Winters kaum beachtenswerth erscheinen läßt, wogegen die große Masse des Volkes am Abgrund des Hungers steht oder bereits gänzlich dem namenlosen Elend verfallen ist. Keine Hilfe, als die durch Bettelpfennige, durch eine Wohlthätigkeit, der selber vor der Größe des von Tag zu Tag wachsenden Jammers bange wird!

Der starke Frost hat übrigens bereits verschiedene Opfer gefordert. Gestern Morgen wurde am Nordufer an der Umpfriedigung eines Holzplatzes eine etwa 80 Jahre alte Frau todt aufgefunden. Sie hatte im Freien genächtigt; denn der Chauffeur-Kutscher Menzel hatte sie am Abend vorher in jener Gegend umherirren sehen. Die nur nothdürftig bedeckte Frau hat sich dann an dem Jaun niedergelassen, ist eingeschlafen und erstoren. Die Persönlichkeit der Frau ist noch nicht festgestellt. Der zweite Fall betrifft ein ausgelegtes Kind, das gestern Abend um 9 Uhr auf dem Flur des Hauses Mariannenstraße Nr. 6 aufgefunden wurde und in Sackleinwand gehüllt war. Der kleine Knabe scheint bald nach der Geburt an jenen Ort gebracht zu sein, so daß er erstor. Ferner wurde ein anscheinend dem Arbeiterstande angehöriger Mann hinter der Torstraße, am Spandauer Schiffahrtskanal, ertroren aufgefunden. Ein zweiter Ertrorener, ein etwa 25jähriger, gutgekleideter junger Mensch, wurde heute früh im Thiergarten in der Nähe des kleinen Sterns entdekt.

So sieht es aus in der Hauptstadt des Hauptstaates der Sozialreform!

Ueber die Belästigung durch die vielen Neujahrsgesandten erhebt sich in den bürgerlichen Blättern zur Zeit ein großes Gejammer. Fürs Erste wird, damit das Herz des Philistens zu dieser Zeit, wo der Winter mit ganzer Strenge herangebrochen, nicht gar zu sehr in Wehmuth und Mitleid zu versetzen braucht, des Langes und Breiten von den riesigen Gratifikationen gesehelt, die Zeitungsböten, Briefträger, Bäckereien u. s. w. sich zusammengratulirt haben sollen. Da sei eine Zeitungsfrau gewesen, die sich mit 85 M., die sie von ihren 200 Kunden erhalten, noch nicht zufrieden gegeben habe, und was die Briefträger betreffe, so seien diese um die Neujahrzeit halbe Krösche, die mancher sorgenbedeckte Kaufmann beneden werde. Die Gesamtannahme eines Gelbbriefträgers habe sich auf 380 M. belaufen. Ja, selbst die Bäckereien seien am Neujahrstage mit mancher klammernden Markt in der Tasche sein heraus gewesen. Nachdem so demonstriert worden, wie gut es doch mancher Arbeiter hat, wird das Herz des Philistens entdekt und darauf hingewiesen, daß zu viel Liebe und Güte am Ende doch noch Uebel sein könne. Bedenke man nur, daß die Zahl der Neujahrsgesandten aus dem Fleiß von Jahr zu Jahr größer werde und daß selbst der dreidige Müllschaffer den brauen Hauswirth belästige, so müsse man sich doch ernsthaft die Frage vorlegen, ob nicht durch die ungewisseste Mißthat des Bürgers und Gabenspenders ein Gebrauch gefördert werde, der nachgerade zu einer Katastrophe auszuarten drohe.

So geht das Lamento weiter und der Bourgeois hat sein klein Stüchchen Arger, daß er zur Förderung der Verdauung braucht und nach Tische legt er sich mit dem bedrückenden Gefühl in den Sorgenstuhl, daß er doch eigentlich für die ewig unzufriedenen Arbeiter ein viel zu guter Kerl sei, der selbst an Unwürdige Gaben spende. Das sind die Sorgen des Ordnungsmannes.

Wir stehen nicht an, zu erklären, daß der Ordnungsmann, was das „Trinkgeldrunweien“ an sich betrifft, vollkommen Recht hat. Ja, es ist uns weit mehr ernst um die Ausrottung dieser Unsitte, als ihm, den angeblich so sehr gerufenen Philistern. Der Bourgeois meint es gar nicht so arg mit diesen Klagen, weil er,

der prinzipiell nichts umsonst thut, auch sehr wohl weiß, daß die Neujahrsgratifikation und andere Trinkgelder ihm wieder zu gute kommen durch die mancherlei kleinen Gefälligkeiten, die er gestiftet auf sein Douceur, von dem Beschenkten bei passender Gelegenheit fordern kann. Aus diesem Grunde sagen wir, daß das Trinkgeld den Beschenkten fortrumpft und ihn in mancher Beziehung den Muth und die Kraft benimmt, das als rechtmäßigen Verdienst einzufordern, was ihm als Gnadengeschenk gewährt worden ist. Der Arbeiter fühlt auch gar gut das Unwürdige seiner Rolle als Beschenkte und würde mit Freuden auf das Neujahrs-Trinkgeld verzichten, wenn sein Arbeitslohn ein derartiger wäre, daß er nicht nöthig hätte, ein paar Gnadenspfennige zur Dedung seiner Schulden zu hoffen. So schlecht es ihm geht, ist der Arbeiter, wie jeder Beobachter der Gewerkschafts-Bewegung weiß, bei jeder Gelegenheit dabei, das Trinkgelder-Anwesen zu verdammen und es abzulösen durch entsprechende Erhöhung des Arbeitslohnes. Und wenn es dem Bourgeois wirklich ernst ist um Bekämpfung des Trinkgeldmissbrauchs, so dürfte er nur bei sich den Anfang machen und seinen Arbeitern einen auskömmlichen Lohn geben — an Stelle der paar Trinkgeldpfennige. Selbstredend wird der Bourgeois davon nichts wissen wollen und so bleibt denn nichts übrig, als daß die betheligen Arbeiter selber das Heft in Händen nehmen und sich durch eine gute Organisation so kräftigen, daß sie die Trinkgelderfrage in ihrem Sinne lösen können!

Für Steuerzahler. Die Frist, in welcher den zuständigen Steuerbehörden Stellen die ausgefüllten Steuererklärungsformulare für 1894/95 zugehört werden müssen, hat heute begonnen. Da irrthümliche Ausfüllungen den Behörden Arbeit und den Steuerpflichtigen Mühen und Unbequemlichkeiten bereiten, so macht die „N. N. Z.“ noch einmal darauf aufmerksam, daß bestehende Einnahmen nach ihrem Betrage für das Steuerjahr, ihrem Betrage nach unbestimmte oder schwankende Einnahmen nach dem Durchschnitt der drei der Veranlagung unmittelbar vorangegangenen Jahre zu berechnen sind. Unter dem Jahre in letzterer Beziehung ist das Wirtschaftsjahr des zu Veranlagenden zu verstehen ohne Rücksicht darauf, ob dasselbe mit dem Kalender- oder Steuerjahr zusammenfällt oder nicht. Ueber die nähere Berechnung des Einkommens für die Steuererklärung geht übrigens der bei der erstmaligen Einholung der Erklärungen für das Jahr 1892/93 den Steuerpflichtigen angelegte Auszug aus den Ausführungsanweisungen zum Einkommensteuer-Gesetz die beste Auskunft. Die Steuererklärungen müssen, falls sie von der Behörde anerkannt werden sollen, mit dem vollen Namen des Steuerpflichtigen unterzeichnet sein. Die Nachtheile, welche aus der Unterlassung der Steuererklärung erwachsen, sind beträchtlich. Schon die Nichtannahme der für die Einreichung vorgeschriebenen Frist hat den Verlust der gesetzlichen Rechtsmittel gegen die Einschätzung für das betreffende Steuerjahr zur Folge. Wenn aber auf eine nochmalige Aufforderung die Erfüllung nicht innerhalb vier Wochen erfolgt, so ist neben der veranlagten Steuer ein Zuschlag von 25 pCt. zu zahlen und außerdem die durch die Unterlassung dem Staate entzogene Steuer zu entrichten. Die Feststellung des Zuschlages steht der Regierung zu, gegen welche nur die Beschwerde an den Finanzminister zulässig ist.

Recht stiefmütterlich wurden die städtischen Almosenempfänger zum Neujahrsest behandelt. Während die städtischen Beamten und Lehrer ihr Gehalt am Schluss des vergangenen Jahres bekamen, erhielten die Armen ihre paar Pfennige erst am 2. Januar und mußten daher am Neujahrstage den Schwachriemen anspannen. Sollte es gar so unglücklich gewesen sein, auch den Almosenempfängern die geringe Vergünstigung zu kommen zu lassen, die den Beamten gewährt wurde?

Arbeiter-Sanitätskommission. Herr Emil Rehring, Vizepräsident des im letzten Bericht der Sanitätskommission erwähnten Hauses Pflanzstr. 3 und 5a theilt uns mit, daß die in diesem Bericht gerügten Uebelände nicht vorhanden seien. Es stimmt zwar, daß zwei Klosets auf dem Hofe seien, das eine derselben würde aber nur von 15 Personen benutzt und das andere von etwa 18 Personen. Ebenfalls sei der Hof nicht im schmutzigen Zustande; derselbe würde vielmehr mindestens zweimal wöchentlich gereinigt. Ferner würden die in der galvanischen Anstalt gebrauchten Chemikalien nur in kaltem Zustande angewendet und könnten aus diesem Grunde auch unmöglich einen solchen Gestank verbreiten, daß die Einwohner dadurch belästigt würden. Thatsächlich habe sich auch noch kein Miethler beschwert.

Der Streit der Urania-Säulen ist eingetreten. Seit gestern Abend zeichnen die Zeiger der Thermo-, Baro- und Hygrometer nicht mehr die Linien, deren Beobachtung die Berliner sich so angelegen sein lassen. Nur gewöhnliche Wettergläser sind vorhanden, deren Studium besonders in der Abendzeit nicht leicht fällt. An mehreren Säulen waren auch die Zifferblätter der Uhren nicht mehr erhellt.

Die Linien der Neuen Berliner Pferdebahn-Gesellschaft dürften in kürzester Zeit denjenigen der Großen Berliner Pferdebahn-Gesellschaft einverleibt werden. Wie ein Berichtserfasser erzählt, haben bereits die Kündigungungen des von der letztgenannten Gesellschaft nicht zu übernehmenden Personals stattgefunden.

Bazillenfrees Eis. Infolge der Regierungsverordnung vom 23. Oktober v. J. sind die Gewässer des Eis- und Havelgebiets für verseucht erklärt. Eine Ausnahme davon bildet der höher gelegene Tegeler See. Zwei hiesige Brauereien haben sich diesen Umstand zu Nutzen gemacht, indem sie auf einem 1/2 Morgen umfassenden Gelände einen massiven Schuppen aufbauten, der 600 000 Zentner Eis fassen soll. Dies Gebäude, an dem 200 Maurer unablässig gearbeitet haben, ist mit Verwendung des alten Jahres fertiggestellt worden. Vier durch Dampftrakt getriebene Schleppeurwerke befördern jetzt täglich 80 000 Zentner Eis in das Bauwerk.

Ein Mammuth-Bachstein wurde in der Herrn F. W. Köhner in Berlin gehörigen Grube in Rixdorf in dem bisher nicht erreichten Gewicht von 12 Pfund freigelegt und zwar an derselben Stelle, wo im vorigen Jahre ein Mammuth-Bachstein gefunden wurde. Dieser sehr wertvolle Fund wird diesmal dem naturhistorischen Museum überwiesen.

500 Mark Belohnung sind seitens der Kriminalpolizei laut Säulenanschlag für die Ergreifung der Diebe ausgesetzt worden, die den im heutigen Morgenblatt gemeldeten Einbruch in dem Glas- und Porzellanwaaren-Magazin von F. A. Schumann verübt haben. Es sind den Dieben übrigens weit mehr Werthobjekte in die Hände gefallen, als anfänglich bekannt geworden ist. Sie erbeuteten 5000 M. in baarem Gelde, einen Wechsel über 1000 M., eine Hypothek über 4000 M., aus Breslau lautend, ein Sparlaffenbuch und eine Anzahl Atteste, Verträge und Versicherungspolice.

Dreimal vom Tode errettet wurde an ein und demselben Tage der 40 Jahre alte Arbeiter Rael W. aus der Treschowstr. Infolge ehelicher Zwistigkeiten versuchte er sich in der Küche seiner Wohnung aufzuhängen. Daran noch rechtzeitig verhindert, sah er sich mit einem Küchenmesser in den Unterleib. Aber auch dabei behütete er sich noch nicht, sondern leerte eine mit verdünnter Salzsäure gefüllte Wanne in einem Zuge. Als er jetzt ins Bett holte, seine Frau schenkte einen Arzt herbei, dem es gelang, W. nach Anwendung von Gegenmitteln am Leben zu erhalten.

Ein russisches Fälscherpaar, der 30jährige Nikolai Popow aus Nikolamosta und die 47jährige Sophie Alexandrowna Kontlanowitsch, separirte Rejjanowitsch aus Wlazarob, befinden sich gegenwärtig in Gest in Untersuchungshaft. Die Gefangenen sind beschuldigt, auf den Inhaber lautende Staatsschuldcheine eines fremden Landes, Aktien, Obligationen und andere Werth-

papiere, besonders russische Loose von 1864 nachgemacht oder gefälscht oder im Einverständnis mit Fälschern im Monat November v. J. verbreitet zu haben. Beide Personen haben in den Jahren 1892 und 1893 auch in Berlin im Westendhotel in der Königgräberstraße gewohnt und sollen mit hiesigen Bankhäusern in Verbindung gestanden und sich diesen gegenüber falscher Namen, wie Nicolas Bertinow, Pierre Winiamowsky und Noubel Marode, bezw. Natalie Djanowitsch, Marianne Zampert und Marie Winiamowsky, bedient haben. Weiters Beziehungen sollen sie mit einer gewissen Katharina Dumont, einem Theophile Dombrowsky und Richard Davidsohn oder Jacobsohn oder Kotjsh unterhalten haben. Der hiesigen Kriminalpolizei liegt daran, Näheres über die Persönlichkeiten zu erfahren, sie nimmt jede nähere Mittheilung entgegen. Die Polizei ist im Besitze von Photographien der genannten Personen.

Das erste große Feuer im neuen Jahre brach heute Morgen um 1/4 Uhr in dem der bekannten Fierma Gebrüder Simon gehörigen Hause, Klosterstr. 80/81, aus. In der im ersten Stockwerke befindlichen Seidenhandlung von Nauenberg u. Nieß waren wahrscheinlich durch das Fortglimmen einer weggeworfenen Zigarre die Repositorien und Stoffe in Brand gerathen. Das Feuer theilte sich bald allen Stockwerken mit, so daß die bald ersiehene Feuermehr der Dampfströme und Rettungsleiter gebrauchen mußte. Erst nach stundenlangem Thätigkeit gelang es, das Feuer zu bewältigen. Der enorme Rauch, welcher durch die brennenden Seidenstoffe verursacht wurde, erschwerte sehr die Rettungsarbeiten. Die kostbaren, brennenden Seidenballen wurden in Massen auf die Straße geworfen, um dort gelöscht zu werden. Die Aufräumungsarbeiten dürften noch viele Stunden in Anspruch nehmen.

Polizeibericht. Am 3. d. Mts. Morgens wurde auf dem Bahnhof Moabit bei Entleerung der Abortgrube die Leiche eines neugeborenen Kindes aufgefunden. — Vor dem Hause Chausseestraße 103 wurde eine Frau durch einen Omnibus überfahren und am Fuße bedeutend verletzt. — Am Nord-Ufer wurde Vormittags eine etwa 20jährige Frau erstickt aufgefunden. — Auf dem Neubau Dorfstr. 54 wurde Nachmittags einem Maurer durch einen herabfallenden Mauerstein ein Schädelbruch zugefügt. — Abends wurde auf dem Fluß des Hauses Mariannenstraße 6 die Leiche eines neugeborenen Kindes vorgefunden. — In der Nacht zum 4. d. M. entstand im Hause Klosterstr. 80/81 Feuer, wodurch bedeutende Vorräthe an Manufaktur-Baaren zerstört wurden. — Außerdem fanden im Laufe des Tages acht kleine Brände statt.

Gerichts-Beitung.

Freigesprochen von der Anklage der Majestätsbeleidigung wurde am 2. Januar der Arbeiter Karl Hoffstädt, der von seinem patriotischen Großvater wegen dieses Vergehens der Staatsanwaltschaft denunziert worden war. Nachdem der Angeklagte in der Verhandlung, die vor der vierten Strafkammer des Landgerichts I geführt wurde, in seiner Vertheidigung auseinandergesetzt hatte, daß die im Familienkreise gehaltenen, angeblich beleidigenden Aeußerungen keinen Bezug auf den gegenwärtig regierenden Kaiser gehabt hätten, sondern auf verhorbene Potentaten gemünzt gewesen seien, beantragte der Staatsanwalt selber die Freisprechung, indem er noch besonders darauf hinwies, daß der Großvater seinen Enkel nicht aus Patriotismus, sondern aus Rache denunziert habe. Der Gerichtshof erkannte, wie bereits hervor-gehoben, in diesem Sinne.

Den Hausfriedensbruch in Schankwirtschaften betreffend, über den vielfach noch irrige Ansichten bestehen, hat das Reichsgericht wie folgt entschieden: „Dasjenige, welches als Gast ein öffentliches Schank- oder Wirtschaftstotal besucherweise betritt, damit zugleich ein Recht erwirkt, darin nach eigener Willkür zu verweilen, ist eine halboffene Auffassung. Immer hängt es vom Willen des berechtigten Inhabers der fraglichen Lokalität ab, dem Gaste Aufnahme zu gewähren oder zu verweigern, die Aufnahme für gewisse Zeit oder auf gewisse Zwecke zu beschränken. So lange jener sich nicht ausdrücklich gebunden hat, dem Gaste, sei es Unterkommen, sei es Beförderung, zu gewähren, verweilt der letztere „ohne Befugnis“ und ist rechtlich verpflichtet, sich auf Aufforderung wieder zu entfernen. Auch wo beispielsweise der Wirth durch Verabfolgung von Speise oder Trank zum Verzehren in seinem Lokal die Befugnis zum vorübergehenden Aufenthalt einem Dritten (Gaste) eingeräumt hat, dauert solche Befugnis zunächst nicht länger, als nach billigem Ermessen und vernünftiger Auslegung des beiderseitigen Vertragswillens zur Erfüllung des vereinbarten Zweckes erforderlich ist. Ist der Zweck erfüllt, so tritt der Inhaber einer derartigen Lokalität auch wieder in die freie Verfügungsgewalt zurück und ist unbehindert, das längere Verweilen zu verbieten. Nicht weniger kann ungebührliches Verhalten des Gastes als ein begründeter Anlaß gelten, denselben schon früher aus dem Lokal auszuweisen.“

Ein Kautionschwindler, der sich als Zeitungsrücker aufzuspielen pflegt, stand heute in der Person des Schriftsetzers Wilhelm Schultze aus Berlin vor der dritten Strafkammer am Landgericht II. Wegen ganz gleicher Schwindelthaten schon mehrfach vorbestraft, erließ der Angeklagte Anfang April v. J. durch die Zeitungen ein Inserat, durch welches er demjenigen einen festen Wochenlohn von 24 M. auf die Dauer versprach, der 40 M. Kautions stellen könne. Der Konkurrent Dittel meldete sich und diesem erzählte der Angeklagte, daß er eine Druckerei einrichten und ein neues Blatt unter dem Titel „Schöneberger Gemeindebote“ herausgeben wolle. Einen „Geldmann“, der 15-20 000 M. für die Druckerei hergeben wolle, habe er bereits gefunden und die amtlichen Anzeigen seien ihm vom Schöneberger Bürgermeister für das projektirte Blatt bereits zugesichert. Die beanspruchte Kautions von 40 M. brauche er lediglich zur Dedung der kleinen laufenden Ausgaben, die in acht Tagen von dem „Geldmann“ zurück erstattet würden. Durch diese Versprechungen ließ sich Dittel bewegen, die 40 M. herzugeben, und der Angeklagte sicherte ihm thatsächlich die Rückzahlung nach acht Tagen und dauernde Beschäftigung in der Druckerei mit 24 Mark Wochenlohn mittels schriftlichen Vertrages zu. Die Druckerei wurde nicht etabliert, der Schöneberger Gemeindebote“ blieb aus, Dittel bekam sein Geld nicht wieder und Schultze kam auf die Anklagebank. Vor dem Schöffengerichte am Amtsgericht II erschien der „Sch. Gemeindebote“ zum ersten Male, allerdings nur in der Hand des Angeklagten, der die Nummern 1 und 2 verlegte, die aber der weiteren Öffentlichkeit niemals zugänglich geworden sind. Immerhin erzielte der Angeklagte in erster Instanz seine Freisprechung, weil das Schöffengericht die Möglichkeit nicht für ausgeschlossen hielt, daß es dem Angeklagten wirklich Ernst war mit der Druckerei und daß ihn nur widrige Verhältnisse an dem Weitererfüllenlassen des Blattes verhindert hätten. Ganz anderer Ansicht war die Strafkammer, nachdem die Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt hatte. Aus dem Umstande, daß die Strafangelegenheit im April und die erste Vernehmung des Angeklagten am 10. Mai erfolgt ist, während die vorgelegten beiden Blätter das Datum des 13. und 20. Mai tragen, schloß der Gerichtshof, daß der Angeklagte, der nachweislich keine Druckerei besessen hat, die beiden Nummern nur in einzelnen Exemplaren nachträglich hergestellt hat, um sich der Bestrafung zu entziehen. Der Begriff der Sicherung eines Vermögensvortheils mittels falscher Vorspiegelung sei daher gegeben und der Angeklagte wegen Betruges mit zwei Monaten Gefängnis zu bestrafen.

Unter der Anklage der vorsätzlichen Brandstiftung stand gestern der Schuhmacher August Franz Berndt vor dem Schwurgericht des hiesigen Landgerichts I. Der Angeklagte bewohnte in der Fustitenstr. 12 einen Laden nebst Wohnung, in welcher er die Ausbesserung von Schuhwaaren betrieb. Am 16. Juli Abends gegen 11 Uhr brach in der Wohnung des Angeklagten Feuer aus. Schon einige Stunden vorher hatten die Nachbarkleute des Angeklagten einen widrigen, branntigen Geruch wahrgenommen, dann drang dicker Qualm zum Fenster hinaus, so daß man endlich dazu überging, mit Gewalt in die Wohnung einzudringen. Als die Thür geöffnet wurde, schlug die helle Flamme auf und die ganze Stube war mit Qualm angefüllt. Es zeigte sich, daß auf den Boden gestreutes Bettstroh brannte, ebenso zwei Bettstellen, Matratzen, ein Wäschekorb, mehrere Vorhänge etc. Ein durchdringender Petroleumgeruch machte sich bemerkbar und man fand im Spinde Kleidungsstücke vor, die mit Petroleum getränkt waren, ferner in dem unteren Theile der Matratzen Schachteln mit schwedischen Streichhölzern und verschiedenen Vorrichtungen, die dazu bestimmt schienen, das Feuer durch die ganze Wohnung zu verbreiten. So waren namentlich an Stangen, die sonst zum Aufhängen von Steifen bestimmt waren, Wäschestücke aufgehängt, die noch eng mit einander verbunden waren. Auch das Vorhandensein verschiedener anderer künstlicher Feuerleistungen konnte nachgewiesen werden. Die Beamten der Feuerwehr waren daher keinen Augenblick zweifelhaft darüber, daß vorsätzliche Brandstiftung vorlag, als deren Thäter der Angeklagte angesehen wurde. Das ganze Verhalten des letzteren unmittelbar vor und nach dem Brande macht ihn hochverdächtig. Mehrere Personen haben bemerkt, daß der Angeklagte schon mehrere Tage vor dem Brande Pakete über Pakete aus seinem Laden weggebracht hatte. Er hat kurz vorher eine Nachversicherung in Höhe von 1910 Mark auf seine Baarenvorräthe abgeschlossen, obgleich eine Vermehrung derselben nicht stattgefunden hatte, endlich hat er auch großen Eifer darauf verwendet, urbi et orbi zu verkünden, daß das Feuer von Einbrechern angelegt sein müsse. Die ganze Situation widerspricht aber dieser Vermuthung. — Der Staatsanwalt beantragte das Schuldig gegen den Angeklagten, während Rechtsanwalt Erone die Sache nicht für genügend aufgeklärt erachtete. — Die Geschworenen sprachen den Angeklagten schuldig, blühten ihm aber mildernde Umstände zu. Der Gerichtshof erkannte auf zwei Jahre Gefängnis.

Als gefährlicher Hotel Dieb und zugleich als Urkundenfälscher und Kuppler stand gestern der 23jährige Kaufmann Gustav Herkewitz gestern vor der IV. Strafkammer hiesigen Landgerichts I. Der Angeklagte trägt, wie der Kriminalkommissarius von Kracht mittheilt, in der Verbrecherwelt den Spitznamen der „schöne Billy“ und thut sich auf seine körperlichen Vorzüge viel zu Gute. Er hat auch ein äußerst gewandtes, fast sympathisches Wesen und eignet sich daher für die Rolle eines Hotel-diebes ganz besonders. Trotz seiner Jugend ist der Angeklagte schon auf der untersten moralischen Stufe angelangt. Nach polizeilicher Auskunft ist er „ein sehr gefuchter Zuhälter“, der auch schon zweimal wegen Diebstahls im Gefängnis gewesen hat. Raum hatte er dasselbe Anfang vorigen Jahres verlassen, da ließ er sich wieder als Beschützer lächerlicher Dirnen von letzteren ernähren. Er stand jetzt unter einer recht schweren Anklage, deren Werth er selbst auf 4-6 Jahre Zuchthaus taxirt hat. Als er eines Tages dem Untersuchungsrichter vorgeführt wurde, fand man an der Wand der Detentionszelle, in welcher er auf das Verhör wartete, folgende freundliche Zeilen eingekritzelt vor: „Meine liebe Minna hat Arbeitslohn; der schöne Billy auch hier, Diebstahl, Urkundenfälschung, Kuppelrei. Mindestens 4-6 Jahre Zuchthaus. Wilhelm Herkewitz.“ Im vergangenen Jahre kamen in einer Reihe großer Hotels viele Diebstähle vor, welche alle nach derselben Schablone ausgeführt wurden. Es erschien daselbst ein junger, elegant Mann mit schneidigem Schnurrbart, und wenn er von dem Portier nach seinem Begehren befragt wurde, so griff er in die Tasche, nahm ein Notizbuch heraus, zeigte eine dort aufnotirte Zahl und erklärte, daß er nach dem Zimmer mit dieser Nummer bestellt worden sei. In allen Fällen, in denen dieser junge Mensch in den Hotels erschienen war, kamen Diebstähle vor, bei denen verschiedenen Reisenden in ihrer Abwesenheit aus ihren Zimmern recht werthvolle Sachen gestohlen wurden. Der Zufall hat es gewollt, daß der Angeklagte als der vermeintliche Hotel Dieb festgenommen werden konnte. Er hatte es nämlich verstanden, in höchst verschlagener Weise mittels eines falschen Militärpasses sich in den Besitz der Postsendungen zu setzen, welche für den Kaufmann Lesbore in der Oranienstraße eingegangen waren und von einem Baustragten desselben täglich von der zuständigen Postanstalt abgeholt zu werden pflegten. Der Angeklagte wurde bald als der Thäter ermittelt und als bei ihm polizeiliche Hausdurchsuchung abgehalten wurde, fand man bei ihm nicht nur verschiedene Gegenstände vor, die aus den Hotel Diebstählen herrührten, sondern auch das bemusste Notizbuch mit den Nummern der Hotelzimmer. Bei der Gegenüberstellung erkannten die verschiedenen Hotelportiers den Angeklagten mit aller Bestimmtheit als den jungen Menschen wieder, nach dessen Erscheinen die Diebstähle in den Hotels vorgekommen waren. Trotzdem leugnete der Angeklagte hartnäckig. Wob Geistes Kind er ist, ging aus den Befragungen des Dirnen hervor, deren Beschützer er gewesen. Danach trug der Angeklagte bald einen natürlichen Schnurrbart, bald ging er glattrasiert, bald machte er sich einen künstlichen Bart an, deren er immer mehrere besaß. Eine Jentgen behauptet sogar, daß der Angeklagte für den Sommer eine große Verbrüderaktion in Aussicht genommen hatte: angeblich beabsichtigte er im Sommer ein „fahrender“ Verbrecher zu werden, in eleganten Kleidern die Eisenbahnabtheile zweiter Klasse zu frequentiren und etwa allein fahrenden Reisenden mit Hilfe bestehender Mittel zu berauben. Der Angeklagte bestritt alle diese Beschuldigungen in fast naiver Weise. Dann fing er wiederholt an zu weinen, stierte mit klüdem Auge ins Weite, bat den Präsidenten, doch ja dafür zu sorgen, daß sein Name nicht in die Zeitung komme, da dies seiner Reputation schaden könne und hob immer wieder mit trüffeliger Miene hervor, daß er „kein Ludwig“ sei. Rechtsanwalt Ehrzelliker beantragte, den Angeklagten, der früher einmal einen schweren Fall auf den Kopf erlitten habe, auf seinen Geisteszustand untersuchen zu lassen. Staatsanwalt Liebenow widersprach diesem Antrage, da nach seiner Ansicht der Angeklagte keineswegs verdrängt, sondern ein sehr geriebener Verbrecher sei, der jetzt den wilden Mann spielen wolle. Dieser Ansicht neigte sich auch der Kriminalkommissarius v. Kracht zu. Der Gerichtshof glaubte aber, den Antrag des Vertheidigers nicht ablehnen zu können, da der Angeklagte im Verlaufe der Verurteilung manche Abschwächen zu Tage gefördert habe. Der Gerichtshof beschloß daher, den Angeklagten gerichtsärztlich auf seinen Geisteszustand untersuchen zu lassen.

Soziale Ueberlicht.

Ein neuer Posttarif für Württemberg, welcher mit dem 1. Januar 1894 ins Leben getreten, ist kürzlich verdrängt worden. Derselbe weist nach verschiedener Richtung hin sehr zeitgemäße Verbilligungen auf, Verbilligungen, die auch im übrigen Deutschland sehr am Plage und auch leicht durchführbar wären, wenn die Reichs-Postverwaltung es nicht für ihre höchste Pflicht erachtete, enorme Ueberlässe für den Militarismus zu schaffen. Wir heben aus der Reform nur hervor, daß frankirte Briefe im Orts-Bestellbezirk nur noch 3 Pfennig, aber 15 bis 250 Gramm 5 Pfennig kosten. Zwischen Orten desselben Post-Bestellbezirks und im Umkreis von 10 Kilometer kosten dieselben

5 beziehentlich 10 Pf. Postkarten werden im Orts-Bestellbezirk für 3 Pf. befördert. Eine ganz wesentliche Verbilligung tritt ein für Drucksachen. Diese sollen nach folgenden Sätzen befördert werden: 1. im Orts-Bestellbezirk: bis 15 g 2 Pf., über 15—50 g 3 Pf.; 2. über 50—100 g 5 Pf., über 250 bis 1000 g 10 Pf., je mit Ermäßigung um 25 pCt. bei gleichzeitiger Einlieferung von mehr als 50 Stück gleichlautender Drucksachen für die 50 Stück übersteigende Zahl; 3. zwischen Orten desselben Post-Bestellbezirks oder Ober-Amtsbezirks und im 10 km Umkreis: bis 50 g 3 Pf., über 50—250 g 5 Pf., über 250—1000 g 10 Pf.; 4. nach anderen Orten in Deutschland, Oesterreich-Ungarn (Bosnien, Herzegowina) bis 50 g 3 Pf., über 50—100 g 5 Pf., über 100—250 g 10 Pf., über 250—500 g 20 Pf., über 500—1000 g 30 Pf.; 5. nach den übrigen Ländern (bis 2 kg) für je 50 g 5 Pf.

Warum können Reformen auf diesem Gebiete nicht auch im übrigen „gezeiten Deutschland“ eintreten? Die Besorgnis, daß der Gewinn der Postverwaltung dadurch zurückgehen könne, ist jedenfalls unbegründet; die Erfahrung hat gelehrt, daß jede Verbilligung des Verkehrs- und Transportwesens eine erhöhte Inanspruchnahme der betreffenden Institute zur Folge hat und den Ausfall nicht bloß deckt, sondern den Gewinn noch erhöht. Oder will man verhindern, daß der Poststoff (auch der sozialistische) nicht allzu billig befördert werde?

Streik der Porzellanarbeiter in Annaburg. Die bereits vor Weihnachten mitgeteilt worden ist, hat die Firma Adolf Seemann in Annaburg, Steingutfabrik in Annaburg ihren Drehern und Malern ein Weihnachtsgeschenk in Form einer 10—20 prozentigen Lohnreduzierung präsentiert. Bekanntlich zählen die in der Porzellan- und Steingutfabrikation Beschäftigten zu denjenigen Arbeitern, welche infolge des Einatmens des sogenannten Massenstaubes, der dünnsten Hitze (die Brennöfen sind meistens durch die Drehereiräume gebaut und werden die gedrehten oder geformten Gegenstände auch in diesen Räumen abgetrocknet) einen ungemein hohen Prozentsatz an Berufskranken (Tuberkulose) stellen. Die Löhne in Annaburg sind vor garnicht langer Zeit erst einer Reduzierung unterworfen worden und ist das Aussehen der Arbeiter gegen eine nochmalige Herabsetzung derselben nur zu berechtigt. Alle Versuche, sowohl seitens der Beteiligten als auch der von den Arbeitern zweimal nach dort berufenen Vertreter des Vorstandes der Porzellanarbeiter, die Differenz bezulegen, scheiterten an dem starren Festhalten der Firma an den angelegentlichsten Lohnabzügen. Wer für die erniedrigten Löhne nicht arbeiten will, kann am 15. Dezember kündigen. Dies es und haben die Dreher (68) das Lehre gethan. Die Maler (21) haben wegen ihrer Weigerung die Abzüge anzuerkennen, seitens der Firma gekündigt bekommen. — Es sind am 2. Januar sämtliche 89 Porzellanarbeiter in den Ausstand eingetreten und diese appellieren nun an die gesammte Arbeiterschaft, insbesondere die Berufsgenossen Deutschlands als auch Oesterreichs, soviel als möglich dahin zu wirken, daß die Veranlassung des Ausstandes in Annaburg überall verbreitet wird. Sofern der Zugzug ferngehalten wird, hoffen die Streikenden einen Sieg zu erringen. Die Annaburger Porzellanarbeiter haben stets die Solidarität hochgehalten bei jeder Gelegenheit und hoffen deshalb, daß auch ihnen gegenüber Solidarität beobachtet wird:

Also: Zugzug nach Annaburg ist streng fernzuhalten.

Etwaige Anfragen sind zu richten an Paul Dake, Dreher, Geldbesitzer an Richard Krause, Maler, beide in Annaburg, Reg.-Bez. Halle.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Literarisches.

Egon Karden. Die Misachtung des Geldes in Preußen. Berlin, Hugo Steinig, 1894.

In diesem kapitalistischen Nachwert wird darüber gellagt, daß man in Preußen-Deutschland so gar keinen Werth darauf lege, recht viel Millionäre zu haben, wie es Bismarck gethan, „der Mann, der uns Deutschen Alles: ein Vaterland, gegeben“. Aus dieser Verachtung des Geldes entspringen alle sozialen Uebel, als da sind:

- Besteuerung der Böse.
- Direkte Steuern, welche nur die Reichen belasten.
- Abschaffung der indirekten Steuern.
- Hohe Löhne.
- Sozialreformerische Gesetze.

Es ist das kein Scherz; sondern in völligem Ernst wird mehrfach, z. B. auf S. 27 ausgeführt, daß ein allgemeines Steigen der Löhne etwa um 10 pCt. für den Nationalwohlstand einen direkten Verlust bedeute, weil die Arbeiter die so erhaltenen Summen doch nicht sparen, sondern wieder ausgeben würden.

„Das Grundprinzip unseres Steuersystems, die Entlastung der großen Menge zu Ungunsten der bestehenden Klasse durch die direkte Steuer — übrigens eine dreifache Unwahrscheinlichkeit, daß das Rückgrat unserer Finanzen leider die indirekten Steuern bilden — leidet an dem Grundfehler, daß es die Kapitalansammlung hindert und den Spartrieb ersticht, während die indirekte Steuer gerade hierin ein erzieherisches Moment hat.“ (S. 31.)

So geht das Geschwafel über die Begehrlichkeit der „bestgestellten Arbeiter der Welt, der Deutschen“ (S. 25), welche durch die böse soziale Gesetzgebung nur noch „begehrender, selbstbewußter und revolutionärer geworden sind“, sowie über die Drangsalirungen, welchen die reichen Leute in Preußen-Deutschland ausgesetzt sind, durch 60 Seiten, um zuletzt noch in einen Jammer über die reichliche Kindererzeugung in Deutschland und das drohende Gespenst der Ueberbevölkerung auszulösen. Hierbei erfahren wir auch, daß es doch möglich ist, die Armut aus der Welt zu schaffen, obwohl der Verfasser sie vorher als göttliche Einrichtung gepriesen und ihr ewigen Bestand prophezeit hat. Aber wie gesagt, zuletzt erklärt er (S. 65): „Präventiver geschlechtlicher Verkehr allein genügt vollkommen, die Armut zu beseitigen ohne jedes Hilfsmittel.“

Trotz des Efels, mit welchem man das ganze Geschreibsel in die Ecke wirft, ist es doch notwendig, ab und zu den Unsinns festzunageln, mit welchem Tag für Tag der Geist unserer Bourgeoisie genährt wird.

Die Neujaehr-Nummer der „Glühlichter“ ist soeben erschienen und wird wegen ihres treffenden Witzes und ihrer trefflichen Bilder den Beifall der Genossen finden.

Vermischtes.

Karlruhe, 8. Januar. Die Eisenbahn-Schiffbrücke bei Maxau ist wegen Eisganges heute Nachmittag abgefahren worden, die Eisenbahnzüge gehen daher nur noch bis Maxau. Mehrere Züge, welche die Verbindung mit der Pfalz herstellten, fallen aus; der übrige Verkehr wird durch die Fähre aufrechterhalten.

Professor Heine. Herr ist am 3. Januar in Bonn gestorben. In weiteren Kreisen ist sein Name seit 1888 bekannt geworden, weil es ihm damals gelang, die Existenz elektromagnetischer Schwingungen nachzuweisen, wodurch die Faraday-Maxwell'sche Theorie der Elektrizität eine wichtige experimentelle Bestätigung erhielt.

Cassel, 8. Januar. Das Eisenbahn-Betriebsamt Cassel meldet: Gestern fuhr der Schnellzug 8 vor Bahnhof Gotha auf den Güterzug 504 auf. Von den Reisenden ist niemand, von den Beamten ein Bremser verlegt, von den Güterwagen sind drei entgleist und stark beschädigt. Die Maschine des Zuges 8 ist geringfügig beschädigt. Nach dem Zusammenstoß war das eine der beiden Fahrgeleise bis 12 Uhr 47 Min., das andere bis 8 Uhr 44 Min. Morgens gesperrt. Die Reisenden des Zuges 8 wurden mit Sonderzug bis Eisenach weiter befördert. Das Versehen trifft den Wärter der vorliegenden Signalstation, welcher dem Schnellzug 8 Fahrsignal gegeben hat, obgleich Station Gotha den Zug 504 noch nicht zurückgemeldet hatte. Der Wärter ist des Dienstes enthoben.

Depeschen.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

Rom, 4. Januar. Seit heute früh herrscht hier bei großer Kälte starker Schneefall; die telegraphische Verbindung mit den südlichen Provinzen des Festlandes und mit Sizilien ist unterbrochen.

Paris, 4. Januar. Da der Abvokat Bailant's sich weigert, wegen der Kürze der Zeit, welche ihm für die Vorbereitung der Vertheidigung gewährt ist, zu plädieren, ist es wahrscheinlich, daß der Prozeß gegen Bailant veragt wird.

London, 5. Januar. Unterhans. Der Minister des Innern Aquith erklärte, er beabsichtige in der nächsten Session einen Gesetzentwurf einzubringen, welcher den Ministern des Innern ermächtigt, unbillig langer Arbeitszeit in gefährlichen Gewerben zu steuern. Der permanente Untersekretär im auswärtigen Amte Grey erklärte, der brasilianische Minister des Auswärtigen schreibe die bekannte Explosion auf der Gouvernadorinsel der Fabrikfähigkeit der Arbeiter zu; dem Auswärtigen Amte sei noch keine Information zugegangen, daß die Explosion durch einen Befehl der brasilianischen Regierung verursacht wurde. Es sei jetzt, mitten im Bürgerkrieg, nicht der geeignete Augenblick, Genugthuung zu erlangen. Der Generalanwalt Higby gab die Erklärung ab, die britischen Unterthanen in Sanibar könnten gesetzlich nicht Eigentümer von Sklaven sein, dürften solche aber beschäftigen.

(Depeschen des Bureau Herold.)

Brüg, 4. Januar. In Koken ist ein Schacht vollständig ausgebrannt und zum Theil eingestürzt. Menschen sind glücklicherweise nicht verunglückt.

Neue freie Volksbühne.

Kammermusikabend
Montag, 8. Januar, 8 Uhr, 30 Pf., in Duggenhagens Konjertsaal.

Die Kreuzschreiber
von Angenruber.
Sonntag, 14. Januar, I. Abth.,
Sonntag, 21. Januar, II. Abth.,
Sonntag, 28. Januar, III. Abth.,
2 1/2 Uhr, 453/7
im Wallner-Theater.

Orts-Krankenkasse der Sattler in Berlin.

Durch Verfügung des Herrn Ober-Präsidenten der Provinz Brandenburg werden die §§ 12 Nr. 2 und 29 des vorstehenden Statuts vom 25. März 1893 aufgehoben. An deren Stelle treten mit rechtsverbindlicher Wirkung vom 25. Dezember 1893 nachstehende Bestimmungen:

§ 12.
Ziffer 2. Im Falle der Erwerbsunfähigkeit vom dritten Tage nach dem Tage der Erkrankung für jeden Kalendertag ausschließlich der Sonntage die Hälfte des im § 11 festgesetzten Tageslohnes.

§ 29.
Die wöchentlichen Kassenbeiträge betragen:

1. Für männliche Kassenmitglieder über 16 Jahre ausschließlich der Lehrlinge 48 Pf.
2. Für weibliche Kassenmitglieder über 16 Jahre 30 Pf.
3. Für männliche Kassenmitglieder unter 16 Jahren und für Lehrlinge 21 Pf.
4. Für weibliche Kassenmitglieder unter 16 Jahren 15 Pf.

Potsdam, 16. Dezember 1893.
Der Ober-Präsident, Staatsminister.
Achenbach.

Vorstehende Anordnung geben wir hierdurch gemäß § 63 des Kassenstatuts bekannt.
289/10

Der Vorstand
der Orts-Krankenkasse der Sattler.
W. Erdmann, C. Fannhausen,
Vorsthender. Schriftführer.

Orts-Krankenkasse d. Stellmacher.

Sonntag, den 14. Januar cr.,
Vormittags 9 1/2 Uhr,
bei Meissner, Lintenstr. 242—243:
Ausserordentliche

General-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Ründigung des Rendanten.
2. Kassenangelegenheiten. 11206
Der Vorstand.
W. Schwarz, Vorsthender.

Den geehrten Gesangsvereinen zur Nachricht, daß ich noch Dienstag oder Mittwoch zu vergeben habe. 11116
Franz Apfel, Gesanglehrer,
Frankfurterstr. 110, 4 Tr.

Buchhandlung des „Vorwärts“

2. Beuth-Str. Berlin SW. Beuth-Str. 2.

Soeben ist erschienen:

Zweite vermehrte und verbesserte Auflage

Die Prostitution,

ihre Ursachen, ihre Folgen und ihre Bekämpfung

von Dr. S. Lux. Preis 20 Pfennig.

Nach außerhalb gegen Einsendung des Betrages von 25 Pfg. franko.

Wiederverkäufer erhalten Rabatt.



Metzner's Korbwaren-Fabrik,

Berlin, Androsstr. 23, Hof part., vis-à-vis d. Andreasplatz

Kinderwagen,

größtes Lager Berlins. Musterbücher gratis. Theilzahlung gestattet. 500 Mark zahle ich Jedem, der mir nachweist, daß ich nicht das größte Kinderwagen-Lager Berlins habe. F. Metzner.

!! Roh-Tabak !!

Sämmtl. in- u. ausländischen Sorten, gute Qualität, tadelloser Brand, in billigster Preislage, empfiehlt
Heinr. Franck, Roh-Tabak-Handlung,
Brunnenstr. 185.
Formen (Bodfoorn) wieder vorräthig.

37 Als anerkannt reelle und billigste Einkaufs-Quelle des Süd-Ostens für

Gold-, Silber-,

Alfemidewaren (Eig. Fabr.) goldene u. silberne Uhren empfiehlt sich

H. Gottschalk,
Goldarbeiter und Uhrmacher,
37 Admiral-Str. 37

1108b Bücher-Ankauf
Meyer's u. Brochhaus Lexika, Brehm's Thierleben und andere Werte kauft Antiquariat Kochstraße Nr. 56 I.

Otto Naether,

Uhrmacher,
Anklamstr. 44, an der Brunnenstr.
Reparaturen an Uhren jeder Art solid und preiswerth. [54172*

Grünauerstr. 25 freundl. Wohnungen preiswerth zu vermieten. 1085b

Möbl. Zimmer von einem jungen Mädchen gesucht. Adr. erb. unter A. K. Invalidenstr. postlagernd. 1118b

Einzelne Flaschen frei Haus Berlin.

Rum,

echt und Fagon, Literflasche 1,10, 1,60, 2,10, bei 5 Pl. 10 Pl. billiger.

Inhaber:
Eugen Neumann & Co., Conrad Neumann, 600 W

6a. Belle-Alliance-Platz 6a.
Neue Friedrichstr. 81. Oranienstr. 8.

Einzelne Flaschen frei Haus Berlin.

Buchhandlung des „Vorwärts“

Berlin SW., Beuth-Str. 2.

Soeben ist erschienen und durch uns zu beziehen:

Der Märkische Landbote

Volk's-Kalender für 1894.

Ein Agitations-Proschüre für die Land-Bevölkerung.

Preis 10 Pfg.

Dieser Kalender enthält Monat für Monat in kurzen Abschnitten und in leicht verständlicher Sprache eine treffliche Kritik der heutigen wirthschaftlichen Verhältnisse unter besonderer Berücksichtigung der Lage der kleinen Landwirthe und der kleinen Handwerksmeister.

Nach außerhalb gegen Einsendung von 13 Pfg. franko.

Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Achtung! Laktirer.

Das Verkehrslokal der Laktirer Berlins und Umgegend befindet sich jetzt
Alte Jakobstr. 69 bei Lenz.

Jeden Sonntag Vormittag 214/10

Morgensprache.

Zu zahlreichem Besuch ladet ein
Der Vorstand der Filiale IV.
(Siehe unter Soziales „Laktirer“.)

Arbeitsmarkt.

Ein tüchtiger, im Zeitungswesen und Buchhandel erfahrener Buchhalter wird als

Geschäftsführer

per bald oder später gesucht.
Off. mit Gehaltsanprüchen unter Angabe näherer Verhältnisse sind an die Exped. d. „Vorwärts“ unter H. W. zu richten. 54162*

Tüchtige Blätterinnen

für Stehtragen, Umgelegtrogen, Manschetten verl. Gebrüder Borohardt, 1117b* Neue Königl. 19.

Für eine Blechwaaren-Fabrik — Spezialität Lampen und Laternen — wird ein militärfreier tüchtiger Arbeiter, welcher sich event. auch für die Reise eignet, sofort zu engagiren gesucht. Offert. mit Zeugnisabschriften werden an Fern. Günther u. Co. in Mannheim erbeten. 420/7

Geübte Schirm-Näherinnen finden dauernde, lohnende Beschäftigung bei Fels, Werner & Co., Leipzigerstr. 39. 608 W

Junger Kellner 54116* sucht Stelle. Näh. Exp. des „Vorw.“

Unterm neuen Kurs.

November.

1. Preusslan. Genosse Gäntherberg, vom Schöffengericht Schwedt wegen Verurteilung mit 14 Tagen Gefängnis bekräftigt, vom Landgericht freigesprochen.
2. Berlin. Der Redakteur des „Sozialist“ 2 Monate Gefängnis wegen Aufforderung zum Ungehorsam.
3. Wittenberg. Wegen Lehrerbeleidigung Genosse Bueh, Redakteur der „Hf. Volks-Zeitung“ 3 Monate Gefängnis.
4. Finsterwalde. Genossen Deunner und Weigel je 10 M. Geldstrafe wegen unerlaubter Tellerfassung.
5. Kiel. Genosse Ströbel, Red. der „Schl.-H. Volksztg.“ wegen drei Beleidigungen 2 Monate Gefängnis.
6. Gafel. Genosse Garbe wegen groben Unfugs (Vogelstichblatt) 14 Tage Gefängnis.
7. Burgstädt. Wegen Fabrikanten-Beleidigung Genosse Hennig, Redakteur der „Volksstimme“, 120 M. Geldstrafe.
8. Weihenfeld. Genosse Janschu wegen Schulfabrikanten-Beleidigung 30 M. Geldstrafe.
9. Gesehmünde. Wegen Amtsdirektor-Beleidigung Genosse Daxer, Redakteur der „Nordd. Volksstimme“, Dechne und Valentiner je 20 M., Dähling 30 M. Geldstrafe.
10. Göttsch. Wegen Handfriedensbruch (Nichtverlassen einer Wahlversammlung) Genosse Jachmann 2 Monate Gefängnis.
11. Halle. Genosse Kunert wegen Polizeibeamtensbeleidigung 100 M. Geldstrafe.
12. Berlin. Genosse Schröder, Redakteur des „Vorwärts“, von der Anklage des groben Unfugs (Aufforderung, die Reupersöhren der Stadtbahnzüge nicht zu schließen) freigesprochen. Staatsanwaltsantrag: 6 Wochen Gefängnis.
13. Juidau. Genosse Meier, Redakteur des „S. Volksblatt“, von der Anklage der Gemeindevorsteher-Beleidigung freigesprochen.
14. Fürstberg. Wegen Polizeibeamtensbeleidigung Gen. Döring und Denge 50 bez. 20 M. Geldstrafe.
15. Hof. Genosse Stücken, Redakteur des „Volksblatt“, wegen Pfaffen- und Fabrikantenbeleidigung 250 M. Geldstrafe.
16. Dorimund. Genosse Voigt, Redakteur der „Rheinisch-Westfälischen Arbeiter-Zeitung“, wegen Beamtenbeleidigung 1 Jahr Gefängnis.
17. Frankfurt a. M. Drechsler Müller wegen Beschimpfung und Bedrohung nichtstreikender Arbeiter 2 Monate 3 Wochen Gefängnis.
18. Oera. Wegen Kriegervereiner-Beleidigung Genosse Leven, Redakteur der „N. Tribune“, 15 M. Geldstrafe.
19. Mühlhausen. 5 Genossen von der Anklage der Majestätsbeleidigung (Eigenbleiben beim Kaiserhoch in Wählerversammlung) freigesprochen.
20. Plauen. Redakteur Künzel, Falkenstein wegen Beleidigung des Vorschussvereins-Direktors 2 Monate Gefängnis.
21. Leipzig. Genosse Wittich, Redakteur des „Wähler“, wegen Hans Blum-Beleidigung 500 M. Geldstrafe. Entschädigungsforderung von 500 M. zurückgewiesen.
22. Kassel. Genosse Duhn, Redakteur des „Volksblatt“, wegen Mehlereibesitzer-Beleidigung 40 M. Geldstrafe.
23. Kassel. Wegen Arbeiterbeleidigung Genosse Foh, Redakteur des „Volksblatt“, 50 M., wegen Gefängnisauflöser-Beleidigung Genosse Duhn und Maurer A. je 30 M. Geldstrafe.
24. München. Wegen Teilnahme an einer politischen Versammlung eine Anzahl Genossen je 20 M. Geldstrafe.
25. Magdeburg. Von der Anklage der Vereinsgesetz-Übertretung Breiner und Genossen freigesprochen.
26. Berlin. Der Herausgeber der „Lichtstrahlen“ wegen Religionsbeschimpfung 1 Monat Gefängnis.
27. Magdeburg. Genosse Albrecht, Halle und Meyer von der Anklage der Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesehe, und 5 Genossen von der Vereinsgesetz-Übertretung freigesprochen.
28. Jechenitz. Wegen Abhaltung einer nicht angemeldeten Versammlung Genosse Trapp und Robert Schmidt je 30 M. Geldstrafe.
29. Erfurt. Genosse Neustergerling vom Schöffengericht zu Treffurt wegen Vereinsgesetz-Übertretung und Handfriedensbruch (Wahlversammlung) zu 5 Monaten, Genosse Heißner zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt, vom Landgericht 150 bezw. 50 M. Geldstrafe.
30. Elberfeld. Wegen Widerstand und Polizeibeamtensbeleidigung drei Genossen zu insgesamt 40 M. Geldstrafe. Staatsanwalts-Antrag: 1 Jahr Gefängnis.
31. Erfurt. Genosse Hülle, Redakteur der „Thüringer Tribune“, wegen Gärtnereibeleidigung 14 Tage Gefängnis.
32. Oagen. Genosse Haue-Herloben wegen Fabrikmeisterbeleidigung 2 Monate 14 Tage Gefängnis.
33. Braunschweig. Wegen Lehrerbeleidigung Genosse Stegmann, Redakteur des „Volksfreund“, 14 Tage Gefängnis.
34. Wiesbaden. Genosse Wilhelm vom Schöffengericht wegen groben Unfugs (Hoch auf die internationale, revolutionäre, völkervereinende Sozialdemokratie) mit sechs Wochen Gefängnis bekräftigt, vom Landgericht freigesprochen.
35. Elberfeld. Genosse Benz, Kemscheid wegen Veranlassung eines öffentlichen Aufzuges 30 Mark Geldstrafe.
36. Frankfurt a. M. Von der Anklage der Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesehe Genosse Hoch, Redakteur der „Volksstimme“, freigesprochen.
37. Leipzig. Genosse Polender, Redakteur des „Wähler“, wegen Hans Blum-Beleidigung 500 M. Geldstrafe und 100 M. Entschädigung.
38. Juidau. Genosse Trognitz, Redakteur des „Sächs. Volksblatt“, wegen Gemeindevorstands-Beleidigung 40 M. Geldstrafe.
39. Kiel. Genosse Aßpern, Neumünster wegen Polizeibeamtensbeleidigung 1 Woche Gefängnis.
40. Müggeln. Wegen Übertretung des Vereinsgesetzes Genosse Böyner 50 M. Geldstrafe.
41. Bremen. Genosse Ober, Redakteur der „Bürger-Ztg.“ wegen Fabrikantenbeleidigung 20 M. Geldstrafe.
42. Darmstadt. Genosse Müller, Red. d. „Hess. Volksst.“ wegen Aufreizung 500 M. Geldstrafe.
43. Juidau. Genosse Trognitz, Red. d. „S. V.“ wegen Waisenhausvater-Beleidigung 5 Monate Gefängnis.
44. Halle. Wegen Verächtlichmachung von Staatsanwalts-Genossen Jähmig und Wexerburg je 50 M. Geldstrafe.
45. Aßin. 13 Vorstandsmitglieder des Frauenvereins wegen Übertretung des Vereinsgesetzes je 15 M. Geldstrafe.
46. Braunschweig. Genosse Calwer, Red. d. „Volksfr.“ wegen Gefreitenbeleidigung 14 Tage Gefängnis.

November.

23. Erfurt. Wegen Unteroffiziersbeleidigung Genosse Raub, Redakteur der „Thüringer Tribune“, 30 M. Geldstrafe. Genosse Hülle freigesprochen. Staatsanwaltsantrag: je 6 Monate Gefängnis. Wegen Pfaffenbeleidigung Genosse Hülle 14 Tage Gefängnis (Staatsanwaltsantrag: 4 Monate Gefängnis). Von einer weiteren Unteroffiziersbeleidigung-Klage Hülle freigesprochen. Staatsanwaltsantrag: 1 Monat Gefängnis. Insgesamt gegen Hülle also 14 Tage Gefängnis Staatsanwaltsantrag: 11 Monate Gefängnis.
24. Oagen. Genosse Haue-Herloben wegen Fabrikanten- und Vermeister-Beleidigung vom Schöffengericht 1 Monat Gefängnis, vom Landgericht freigesprochen.
25. Dresden. Genosse Fischer, Redakteur der „Sächs. Arb.-Ztg.“, wegen groben Unfugs (Verächtlichmachung des Festumzugs beim Militärdenkmal-Jubiläum des Königs von Sachsen) 14 Tage Haft.
26. Luckau. Genosse Vater wegen groben Unfugs (Vogelstich) 4 Wochen Haft.
27. Oagen. Wegen Caprivibeleidigung Genosse Block, Red. der „Arb.-Ztg.“, 6 Wochen Gefängnis. Staatsanwaltsantrag: 7 Monate Gefängnis.
28. Dortmund. Genosse Voigt wegen Polizeikommissär-Beleidigung 4 Wochen Gefängnis.
29. Weiningen. Genosse Müller-Suhl wegen Majestätsbeleidigung (Eigenbleiben beim Kaiserhoch in der Wählerversammlung) 6 Monate Gefängnis.
30. Naumburg. Genosse Hoffmann-Zeig wegen Polizeikommissär-Beleidigung 50 M. Geldstrafe.
31. Strahburg. Vier Genossen wegen Flugblattverteilung ohne polizeiliche Erlaubnis je 40 M. Geldstrafe.
32. Goslar. Genosse Breime wegen Abhaltung einer nicht angemeldeten Versammlung 3 Wochen Gefängnis. Genosse Kornmann wegen Wahlvorschieber-Beleidigung 3 Tage Gefängnis. Genosse Poymann wegen unerlaubter Versammlung 10 M. Geldstrafe.
33. Würzen. Genosse Thiele, Redakteur der „Würzener Zeitung“, wegen groben Unfugs (siehe Dresden) 6 Wochen Gefängnis.
34. Chemnitz. Wegen Polizeidirektor-Beleidigung Genosse Sanger 4 Monate Gefängnis. Zeisig freigesprochen.
35. Lnd. Genosse Ehardt-Komerowen und Gädick-Lnd wegen Aufforderung zu einer unerlaubten Versammlung 30 bezw. 15 M. Geldstrafe.

Insgesamt im Monat November 4 Jahre 4 Monate 22 Tage Gefängnis und 3384 M. Geldstrafe.
Der Parteivorstand.

Soziale Heberlicht.

An die Lektoren! Kollegen! Leider wurden wir durch die Verhältnisse gezwungen, unser altes Vertriebslokal aufzugeben. Unser Vertriebslokal befindet sich von jetzt ab bei Leng, Alte Zatoberstr. 89. Wir ersuchen die Kollegen schon am nächsten Sonntag zur „Morgensprache“ recht zahlreich zu erscheinen. Der Vorstand des Vereins der Sadirex. Filiale V.

An die Arbeiterschaft Deutschlands!

Werthe Genossen! Wie Ihr aus den Berichten in der Presse bereits erfahren habt, befinden sich ca. 480 Droschkenkutscher in Berlin und Umgegend seit dem 1. d. M. im Ausstand. Dieser Ausstand ist nicht etwa ein frivolster oder ein vom Jaun gebrochener, wie dies durch eine gewisse Presse wahrheitswidrig verbreitet wird, sondern ein den Kutschern von einigen kapitalistischen Ausbeutern geradezu ausgebrungenen Streik. Es handelt sich in diesem Kampfe nicht um eine Lohnforderung oder um einen höheren Lohn, obwohl der den Kutschern bisher gezahlte als ein auskömmlicher nicht bezeichnet werden darf, sondern um eine Hebung unserer Löhne, die mit recht erheblichen Geldkosten für uns verknüpft und nur den einen Zweck haben soll, für einige kapitalistische Ausbeuter Klammern zu machen.

Seit dem vorigen Jahre ist in unserem Droschkengewerbe ein mechanischer Apparat, genannt Taxameter, im Gebrauch. Dieser Apparat, der die Höhe des Fahrpreises jederzeit genau anzeigen soll, ist bis jetzt an 487 Droschken 1. Klasse angebracht worden. Ob aus Neugierde oder aus — durch die Hebung wirklich gewerkter Fabrikat, mag dahin gestellt bleiben, Tatsache ist, daß diese Droschken in der ersten Zeit, wo noch kaum das erste bzw. zweite Hundert voll war und ihnen circa 70 Halteplätze in den schönsten Gegenden Berlins angewiesen wurden, bedeutend höhere Einnahmen erzielt haben, als die Droschken 1. Klasse ohne diesen Apparat. Nachdem nun das fünfte Hundert ziemlich voll ist, sind die Einnahmen bedeutend geringere und es hat demnach erhens die Nachfrage wegen Montierung solcher Apparate bei der aus Kapitalisten zusammengedauten Taxameter-Gesellschaft erheblich nachgelassen; und zweitens ist letztere von den in betracht kommenden Droschkenbesitzern angegangen worden, ihnen den Mietpreis für diesen Apparat von täglich 60 Pf. auf 40 Pf. herabzusetzen, mit der Motivierung: daß sie bei der geringen Einnahme nicht in stande seien, noch länger solch hohe Miethe zahlen zu können. Diese Gesellschaft — die, nebenbei bemerkt, diesen Apparat den Droschkenbesitzern in Halle a. S. vor nahezu 2 Jahren schon zum Miethepreise von 40 Pf. pro Tag offeriert hat, — machte die Ermäßigung der Miethe für die Berliner Droschkenbesitzer auf 40 Pf. davon abhängig, daß sie mit dafür sorgten, dem Polizei-Präsidenten die „Nothwendigkeit“ der Einführung eines weisklärten Gutes für die Taxameter-Droschkenkutscher begründlich zu machen. Daß diese Proposition Wasser auf die Waale der kapitalistischen Seele war, brauchen wir wohl nicht näher anzuführen, als wir es auch noch unterlassen müssen, mitzutheilen, wie sie dies Mandat fertig gebracht haben. Sie haben es eben fertig gebracht und unter dem behördlichen Schutze versucht diese Herren es nun, aus den Taschen jedes einzelnen Taxameter-Droschkenkutschers täglich 20 Pf. herauszuholen. Unser an das Polizeipräsidentum zu Berlin gerichtetes Gesuch, diesen behördlichen Schutz durch Aufhebung der polizeilichen Bekanntmachung vom 10. November v. J. zurückzunehmen, ist ablehnend beantwortet worden. Der Herr Minister des Innern, an den wir uns auch gewandt und den wir um Ausherrschung betreffender Polizeibekanntmachung ersucht haben, hat sich bisher leider noch nicht entscheiden können, zu antworten. Wollten wir uns also dem Kapitalismus nicht auf Gnade und Ungnade ergeben, so waren wir gezwungen, am 1. Januar das Fahren im Taxameter-Droschken-Fuhrgewerbe einzustellen. Das haben wir gethan und wir sind fest entschlossen, so lange auszuharren, bis der Sieg unser ist. Denn wir wissen nur zu genau: gehen wir aus diesem, ansehnend nur unbedeutenden Kampfe nicht als Sieger hervor, so wird uns die Schlinge von dem alles vernichtenden Kapitalismus nur noch fester zugezogen werden. Wird dieser erste im Jahre 1894 aufgenommene Kampf erfolgreich durchgeführt, so dürfte dies aber auch für alle übrigen Gewerkschaften ein gutes Omen sein. Wir

wenden uns deshalb vertrauensvoll an unsere Arbeitsbrüder mit der Bitte, uns, soweit dies möglich, ihre Unterstützung angebeihen zu lassen; wir werden uns jederzeit dafür erkenntlich zeigen.

Geldsendungen und Zuschriften sind zu richten an W. Schütte, Berlin SW., Schönenstraße 58.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Weiterverbreitung durch Abdruck gebeten.

Agitations-Komitee der Droschkenkutscher Berlins und Umgegend.
J. A.: A. Stiller, Lübeckerstr. 4.

An die Bauanschläger! Kollegen, wiederum drängt sich uns die Frage auf: Warum befinden sich so viele unserer Kollegen außer Arbeit? Nun, Kollegen, Hand aufs Herz, wir tragen selbst einen Teil der Schuld. Leider sind eine große Anzahl unserer Berufsgenossen unorganisiert, haben allen Bestrebungen, die zur Besserung unserer Verhältnisse dienen sollen, gleichgültig gegenüber; jeder glaubt nur für sich sorgen zu müssen und bedenkt nicht, daß er seinen Mitmenschen und auch sich selbst in unverantwortlicher Weise oft den größten Schaden zufügt. Was könnten wir nicht alles für unsere nothleidenden arbeitslosen Kollegen leisten, wenn wir über eine gute Organisation verfügten. Kollegen, das muß anders werden! Wir bitten Euch, besucht unsere Generalversammlung, die am 14. d. M. bei Noal, Andreassstraße, stattfindet, recht zahlreich.

Und nun noch ein Wort an die organisierten Bauanschläger. Kollegen! Am 7. d. M. haben wir die Neuwahl des gesamten Vorstandes zu vollziehen und da ist es unsere Pflicht, zu beweisen, daß wir gewillt sind, durch die Wahl solcher Männer, die sich ihrer Verantwortlichkeit bewußt sind, unsere Organisation der modernen Arbeiterbewegung zuzuführen. (Siehe heutige Annonce.)
P. Forst, Mühlstr. 33.

Eine Konferenz der Schneider Sachsens fand am 27. Dezember 1893 in Chemnitz statt. Vertreten waren 11 Orte durch 14 Delegirte. Bisher, so berichteten die Vertrauensmänner, haben sich die Schneider von 16 Orten Sachsens als Einzelmitglieder dem Verband deutscher Schneider angeschlossen. Ein Antrag, Sachsen in drei Bezirke einzutheilen, um die Agitation besser betreiben zu können, wurde angenommen; für jeden Bezirk wurde ein Vertrauensmann gewählt. Beschlissen wurde ferner, ein Flugblatt in deutscher Sprache zur Verbreitung zu bringen, da gerade die böhmischen Kollegen sich von der Organisation fern hielten. Eine Resolution, die Kommission für Arbeiterstatistik zu ersuchen, Erhebungen in der Bekleidungsindustrie anzustellen, fand einstimmige Annahme. Um aber bald eine Statistik der Lage der Schneider in Sachsen zu besitzen, bewilligte die Konferenz 200 M. aus dem Fonds. In bezug auf die Organisationsform spricht sich die Mehrzahl der Delegirten für den Fabrikantenverband aus. Damit ist die Tagesordnung erschöpft und der Vorsitzende schließt mit einem Hoch auf die Organisation den Kongress.

Gesprengrter Fabrikantenring. Der letzte Streik der Zwider in der Schuhfabrik von Oshenfurt und Behrens in Offenbach hat nebst dem Sieg der streikenden Schuhmacher für die letzteren auch noch einen weiteren beachtenswerten Erfolg gehabt. Die Schuhfabrikanten von Mainz, Frankfurt, Offenbach, Wingen und Alzey hatten nämlich vor einigen Jahren zur „besseren Abwehr“ der gerechten Forderungen der Arbeiter einen Ring geschlossen und durch eine Konventionalstrafe von 10000 M. für den Fall der Nichtbeachtung der Satzungen dieses arbeiterfeindlichen Bundes die Mitglieder zur Respektierung der gemeinsamen Statuten gezwungen. Jeder Fabrikant hatte zu diesem Zwecke einen Wechsel von 10000 M. als Pfand, der im Falle der Nichtbeachtung der Statuten zur Zahlung präsentirt worden wäre.

Dieser Ring ist nun durch die letzten Offenbacher Vorkommnisse geplagt.

Als Ursachen sind zu betrachten der große Terrorismus, den die großen Fabrikanten gegenüber den kleineren „Kollegen“ übten, was leicht möglich war, weil das Stimmenverhältnis nach der Zahl der Arbeiter ausgefällt wurde und große Fabrikanten 10—15 Stimmen in die Waagschale werfen konnten, während viele der kleinen nur eine Stimme abzugeben hatten. Auch sollen nach und nach einige Fabrikanten es doch nicht mehr für vernünftig gehalten haben, daß im Falle alzu miserabler Zustände, wie solche bei manchen Fabrikanten herrschten, Differenzen mit den Arbeitern entstanden, alle anderen sich solidarisch erklären mußten. Der Ring wäre also gesprengt und diese Pestbeule beseitigt; aber umso mehr müssen die Arbeiter die Augen offen halten und sich ihrer Organisation, dem Verein deutscher Schuhmacher, anschließen.

Heber die Wohnungsverhältnisse der Arbeiter im Bezirk Breslau macht der Regierungsrath Wolff in seinem Bericht folgende Mittheilungen: „Den Wohnungsverhältnissen ist während der Verichtszeit von der Gesundheitspolizei unausgeseht eine ausgedehnte Aufmerksamkeit zugewendet, und auf die Beschaffung gesunder Wohnungen sowohl in den Städten wie auf dem platten Lande ist thümlich hingewirkt worden. In dem Entwurfe einer neuen Baupolizei-Ordnung für die Stadt Breslau ist den hygienischen Verhältnissen besondere Beachtung geschenkt worden. In den ländlichen Ortschaften des Regierungsbezirks ist vielfach von den Großgrundbesitzern und Großindustriellen in der richtigen Erkenntnis, daß gute Arbeiter auch eine gesunde und zeitgemäß eingerichtete Wohnung beanspruchen können, für Herstellung besserer Wohnungen gesorgt worden. Die Gesundheitsämter auf den Dominialhöfen und ebenso die Arbeiterwohnungen bei den größeren Fabriken sind bei Neubauten stets so eingerichtet, daß jede Arbeiterfamilie eine größere Stube und eine heile, trockene Kammer erhält und mit den erforderlichen Kochvorrichtungen versehen ist. Die Schlafstellen-Wirthschaften werden polizeilich überwacht, und es wird streng darauf gehalten, daß nicht mehr Personen aufgenommen werden, als nach dem vorhandenen, vorher festgestellten Raum gestattet ist. In Breslau war die Bauthätigkeit sehr reg und ist infolge derselben ein Ueberfluß an größeren und mittleren Wohnungen, welche theilweise leer stehen, entstanden. Die kleineren, für die ärmere Bevölkerung bestimmten Wohnungen sind dagegen trotz der regen Bauthätigkeit an Zahl und Beschaffenheit ungenügend geblieben, und auf diesen Umstand, sowie auf die meistentheils dürftige Ernährung der niederen Volksschichten ist zweifellos die immer noch hohe Sterblichkeitsziffer der Stadt Breslau zurückzuführen, welche auch durch die anerkannt zweckdienlichen und umfassenden hygienischen Maßregeln in dem erwünschten Maße bisher nicht verringert werden konnte.“ So optimistisch der erste Theil dieser amtlichen Heberung klingt, so charakteristisch ist, wie das „Sozialpolitische Zentralblatt“ mit Recht bemerkt, das offene Eingeständnis im letzten Theile. Die offizielle Sozialreform scheint in Breslau und Umgegend noch recht wenig mit ihren Sognungen auf die Arbeiterbevölkerung gewirkt zu haben, wenn solche gesundheitsliche Verhältnisse amtlich festgestellt werden müssen.

Heber das Armenwesen der Stadt Stuttgart entnehmen wir dem kürzlich ausgegebenen städtischen Verwaltungsbericht für die Jahre 1889/91 folgende Zahlen. Der gesammte Armenaufwand betrug im Jahre 1888/89 428 470 M., 1889/90 471 784 M. und 1890/91 490 177 M., somit in den drei Jahren

